Freitag, 9 Februar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 10188. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 9. Febr. Im Oberhause sprach Graf Derby gestern bei der Adreßdebatte nur mit Vorbehalt von der Möglichkeit der Erhaltung des Friedens, er hofft aber auf dieselbe. Der Czar könne jetzt sagen, er sei nicht verpflichtet, allein die Beschlüsse der sechs Mächte zu verwirklichen. Graf Derby erkennt die moralische Verpflichtung der Intervention zu Gunsten der Christen an, aber er leugnet, daß die Verträge diese Verpflichtung auferlegen. In ähnlichem Sinne sprachen sich die Lords Beaconsfield und Salisbury aus. — Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler Lord Northcote, England würde keinen Krieg zu Gunsten der Türken führen. Die Regierung wolle keinen Zwang ausüben, sie wünsche nur gemeinsame Action.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Luzern, 8. Februar. Der Verwaltungsrath der Gotthardbahn hat das mit dem Unternehmer des Tunnelbaues, Favre, geschlossene Abkommen genehmigt.

London, 8. Februar. Das „Reuter'sche Bureau" meldet gegentheiligen Nachrichten gegenüber aus Rio de Janeiro von gestern, weder dort, noch in Bahia und Pernambuco habe sich irgendwelche Spur von gelbem Fieber gezeigt und sei der Gesundheitszustand in ganz Brasilien überhaupt ein viel günstigerer, als im vorigen Jahre.

Konstantinopel, 8. Februar. Der Fürst von Montenegro hat in Beantwortung der Depesche des Großvezirs seine Geneigtheit angezeigt, mit der Pforte auf der Basis des status quo ante und einer Grenzberichtigung sofort über den Frieden zu verhandeln, dabei jedoch erklärt, er halte es für unnütz, einen Delegirten nach Konstantinopel zu entsenden und wünsche, daß die Verhandlungen mit dem türkischen Botschafter in Wien geführt werden möchten. — Die türkische Yacht „Izzedin" hat sich heute mit dem früheren Großvezir Midhat Pascha von Syra nach Brindisi begeben.

Washington, 8. Febr. Die mit der Entscheidung der Frage der Präsidentenwahl beauftragte Commission hat die auf dieselben bezüglichen Documente geprüft und mit 8 gegen 7 Stimmen beschlossen, keine Beweisaufnahme bezüglich der Vorgänge in Florida vorzunehmen, ausgenommen in Betreff der Wahlcertificate und der Zeugnisse für die Wählbarkeit Humphrey's in das Wahlcollegium. Dieser Beschluß ist von den Republikanern mit großer Zufriedenheit aufgenommen worden. Dieselben betrachten diesen Beschluß als ein Anzeichen einer Entscheidung für Hayes.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 8. Februar 1877.

Vom Finanz- und Handelsminister ist dem Hause eine Vorlage, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahngesellschaft bis auf Höhe von 22 940 000 ℳ. zugegangen.

Das Haus beschließt den achtundzwanzigsten Bericht der Staatsschuldencommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1875 der Budgetcommission zu überweisen.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend eine anderweite Einrichtung des Zeughauses zu Berlin.

Abg. Röckerath: Im vorigen Jahre hat kein einziger von den liberalen Mitgliedern des Hauses es auf sich nehmen mögen, diese Ruhmeshallenvorlage auch nur mit einem einzigen Worte zu befürworten. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) sprach mit Emphase aus: In einer Zeit der wirthschaftlichen Noth und Krisis bewilligen wir die Gelder der Steuerzahler nicht für Ruhmeshallenzwecke. Und in diesem Jahre stimmen nicht nur die Nationalliberalen wie ein Mann, sondern auch die Mitglieder der Fortschrittspartei für dasselbe Project und derselbe Abg. Windthorst (Bielefeld) kann nicht Worte genug finden, den edelsten Zweck dieser Geldbewilligung mit Begeisterung hervorzuheben. Was ist denn nur geschehen, um solche Wendung zu rechtfertigen? Hat etwa die wirthschaftliche Krisis aufgehört? ist etwa die Noth des Volkes geringer geworden? Wer würde angesichts der schreienden Thatsachen, die uns tagtäglich die traurige Lage des Landes vor Augen führen, eine solche Behauptung wagen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, den im vorigen Jahre das ganze Haus diesem Project gegenüber einnahm, und überlassen es denen, die heute über dieselbe Sache entgegengesetzt stimmen, wie im vorigen Jahre, das Geld zu bewilligen.

Abg. Virchow spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß sich an die Berathung einer Vorlage wie die in Rede stehende, eine so große Annexionsdebatte knüpfen konnte. Er sei dieser Vorlage deshalb so geneigt, weil sie einen berechtigten Gedanken der Vollendung entgegenführt, nämlich das Zeughaus, eines der schönsten Schmuckhäuser der Stadt, in einer der schönsten Straßen der Welt gelegen, von seiner magazinartigen Verwendung zu einem seiner architektonisch schönen Form entsprechenden Zwecke zu führen. Man tadele, daß dieser Zweck ein brandenburgisch-preußischer sei; allein er, der Redner glaube, daß sich daraus ein deutsches Waffenmuseum entwickeln werde, gegen welches ja auch der Abg. Röckerath sich nicht ganz ablehnend verhalte. Die Mittel gehen nicht über das hinaus, was für andere wissenschaftliche Sammlungen bewilligt wird, und es kann nur erfreulich sein, wenn man gleichzeitig der Armee die ihr gebührende Anerkennung bezeugen und einen monumentalen Bau einem höhren, edleren Zweck zuführen kann. Redner regt dann noch den Gedanken an, ob es sich nicht ermöglichen lassen werde, den berühmten Fries von Siemering, der an dem Monumente auf dem Schloßplatz die Bewunderung Aller erregte und beim Volke sehr beliebt geworden ist, im Zeughause mit zur künstlerischen Darstellung zu bringen. Das kühle Verhalten der Fortschrittspartei im Vorjahre erkläre sich daher, daß die Vorlage mit Ostentation die Schaffung einer Ruhmeshalle für die Armee forderte. Die Finanzlage des Landes ist allerdings eine durchaus unerwünschte; aber wenn die Kosten aus der französischen Kriegsentschädigung bestritten werden, so liegt darin ein milderndes Moment und eine Art besonderer Anerkennung für die Armee. Aus Steuern diese Summe zu bewilligen, würde sich Redner vielleicht auch nicht entschließen können.

Graf Nayhauß-Cormons kann die Vorlage vom rein militärischen Standpunkte aus erklärlich finden, allein die Finanzlage des Landes und die Rücksichtsnahme auf die Gefühle der annectirten Provinzen zwinge ihn, gegen die Vorlage zu stimmen.

Abg. Götting: Bei der ersten Berathung hat der Abg. Windthorst (Meppen) gesagt, daß man die deutschen Gefangenen bei den römischen Triumphen gezwungen habe, die Siegestrophäen zu tragen, daß sich aber die Niedersachsen nicht freiwillig gestellt hätten; erst mir sei es vorbehalten gewesen, freiwillig zum Bannerträger der Trophäen mich herzugeben. Ich weiß nicht, daß ich durch meine Aeußerungen dem Abg. Windthorst Gelegenheit gegeben habe, mich derartig persönlich anzugreifen. Wenn er dann speciell an die sächsische und niedersächsische Zähigkeit des Charakters erinnerte, welche besser am Vaterlande festhielt, so muß ich sagen, ich habe meinen niedersächsischen Nacken noch unter kein Joch gebeugt, auch nicht unter das Roms (Bewegung im Centrum). Wenn es aber sein sollte, so spanne ich mich lieber an einen preußisch-deutschen Siegeswagen, als, wie es die geistigen Epigonen unserer Rheinbündler noch thun oder thun möchten, vor den Kampfeswagen Frankreichs. (Große Unruhe im Centrum.)

Abg. Windthorst (Meppen): Der Abg. Götting hat einige 24 Stunden gebraucht, um eine Erwiderung auf meine Rede bei der ersten Berathung zu geben. Was ich gesagt habe, ist vollständig von mir begründet. Wenn er meint, daß ich mich unter ein gewisses Joch gebeugt habe, dann irrt er sehr. Ich stehe da, wo ich stehe, nicht gebeugt, sondern aus voller reiner Ueberzeugung, vollkommen frei und bewußt, daß ich nur in Freiheit das bekenne, was ich ausspreche. Wenn aber der Vorredner vom Ziehen am französischen Wagen spricht, so erkläre ich das für eine Denunciation, die ich im Hause für unmöglich gehalten hätte. Ich protestire dagegen und fordere den Herrn auf, hier zu zeigen, wo und wie ich oder meine Freunde irgend wie an einem solchen Wagen zögen. Solche Beschuldigungen sind abscheulich! (Beifall im Centrum.)

Präsident v. Bennigsen: Ich muß bemerken, daß ich in der That die Aeußerung des Abg. Götting nicht ganz deutlich ihrem Sinne nach verstanden habe. Ich möchte denselben bitten, das Gesagte näher zu erläutern.

Abg. Götting: Ich habe gesagt, daß ich ein Spannen vor den preußischen Siegeswagen, wenn überhaupt solches von mir verlangt würde, dem Spannen vor den französischen Kampfwagen vorziehe. Wir wissen, daß bei uns seit den Ereignissen von 1866 ein Theil — allerdings kein großer — des deutschen Vaterlandes in rheinbündlerische Gelüste verfallen ist (Rufe im Centrum: Oho!) Es ist wiederholt in süddeutschen Blättern geäußert, daß man die Niederlage im Kampfe mit Frankreich wünsche (Widerspruch im Centrum) Allerdings nur in einzelnen baierischen Blättern, aber geschehen ist es und darin kann doch nichts Verletzendes für den Abg. Windthorst liegen, wenn ich dieses Factum hier ausspreche.

Präsident v. Bennigsen: Die Richtigkeit der Aeußerung des Abg. Götting von vorhin und jetzt habe ich nicht zu untersuchen. Das muß ich aber allerdings aussprechen: wenn ich dieselbe so hätte auffassen sollen, daß sie irgend welche Beziehung zu einem Mitgliede dieses Hauses, speciell zum Abg. Windthorst hätte haben sollen, dann würde ich sie nicht als parlamentarisch richtig haben durchgehen lassen.

Abg. Windthorst (Meppen): Wenn der Abg. Götting überhaupt etwas sprechen wollte, was Sinn hat (Oho! links) — und das setze ich voraus — dann mußte seine Aeußerung als gegen mich gerichtet angesehen werden. Ich bitte aber den Herrn Präsidenten, sich das Stenogramm des Abg. Götting vorlegen zu lassen und dann zu sagen, ob nicht doch etwas mehr als eine Bemerkung nothwendig ist, damit die Angelegenheit von ihm parlamentarisch behandelt werde.

Präsident v. Bennigsen: Ich möchte annehmen, daß die Sache jetzt erledigt ist, nachdem ich die Worte so aufgefaßt habe, wie der Abg. Götting sie erläutert hat. Ich möchte überhaupt bitten, daß Sie mir doch das Amt des Vorsitzenden nicht zu sehr erschweren. (Sehr wahr!) Ich möchte bitten, daß von allen Seiten an dieses Vorgehen wenigstens die Absicht geknüpft wird, nicht unnöthig zu verletzen. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich finde die Ermahnungen des Herrn Präsidenten vollständig in der Ordnung, aber ich denke, daß mir das Recht zusteht, zu bemerken, daß ich keinerlei Veranlassung in diesem Augenblick dazu gegeben habe.

Präsident v. Bennigsen: Ich habe ausdrücklich vermieden, einzelne Personen zu nennen, ich habe von den Verhandlungen heute und bei der zweiten Lesung gesprochen und daran meinen Wunsch geknüpft.

Abg. Lasker: Ich gestatte mir zu bemerken, daß die neuliche Kritik des Abg. Windthorst gegen den Abg. Götting auf dieser (linken) Seite des Hauses den allgemeinsten und, wie ich glaube, berechtigsten Unwillen hervorgerufen hat. (Sehr wahr! links.)

Der Gesetzentwurf wird hierauf in seinen einzelnen Paragraphen und dann im Ganzen mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern.

Zu Titel 2 Kap. 89 der dauernden Ausgaben befürwortet Abg. Nasse Namens der Budgetcommission den Antrag, die in diesen Etatstiteln enthaltene Erhöhung des Gehaltes der Unterstaatssecretäre von 15 000 auf 20 000 ℳ. nicht zu bewilligen und demgemäß das Gehalt der Unterstaatssecretäre auf je 15 000 ℳ. festzusetzen. Die Regierung habe die Erhöhung motivirt durch den Hinweis auf die gleiche Gehaltshöhe der Unterstaatssecretäre des deutschen Reiches. Diese Motivirung konnte aber für den preußischen Staat in keiner Weise maßgebend sein; denn das Reich fühlte gerade die Nothwendigkeit, seine Unterstaatssekretäre besser zu stellen als die Einzelstaaten und namentlich als Preußen. Aus diesem Grunde habe die Budgetcommission einstimmig die Absetzung der Erhöhung beschlossen.

Abg. v. Saucken (Tarputschen) hebt hervor, daß die im Etat unter diesem Titel angegebene Stelle eines Unterstaatssecretärs mit 20 000 ℳ. Gehalt in Wirklichkeit gar nicht existire, ohne daß doch in den Bemerkungen zum Etat diese Summe als erspart angegeben werde. Auf eine Anfrage in der Budgetcommission wurde von der Regierung die Antwort ertheilt, daß dies Gehalt zu Remunerationen verwendet würde. Es habe diese Angabe allgemein ein peinliches Erstaunen erregt und er beantrage daher, das Gehalt für diese nicht existirende Stelle im Etat abzusetzen.

Abg. Lipke erklärt sich bereit, nach dem von der Commission beantragten Abstrich in den Gehältern der Unterstaatssecretäre die Stelle zu bewilligen, falls die Regierung erklärt, das Gehalt eventuell als erspart im Etat aufzuführen.

Minister Eulenburg: In den preußischen Ministerien existiren entweder Unterstaatssecretaire oder Directoren, oder beide gleichzeitig. Beide bilden eine ganz nothwendige Mittelstufe zwischen den vortragenden Räthen und dem Minister insofern, als es keinem preußischen Minister möglich ist, die Superrevision der Sachen in ihrem Eingange und Ausgange im Ganzen vorzunehmen. Durch die Streichung der Unterstaatssecretairstelle würden Sie mir diese Vermittelung unmöglich machen, da ich Directorenstellen nicht habe. Ich habe bisher einzelne Räthe meines Ressorts mit den Geschäften der Directoren beauftragt und sie dafür remunerirt aus dem Gehalt der nicht besetzten Unterstaatssecretärstelle. Daß die Stelle bisher unbesetzt blieb, liegt einfach an der Schwierigkeit für diesen Posten Beamte zu gewinnen. Denn dieser Posten ist vielleicht der schwierigste und penibelste des ganzen preußischen höheren Beamtenthums, da er einerseits eine sehr große Verantwortlichkeit trägt für seine Geschäfte, dagegen andererseits ganz und gar keine persönliche Einwirkung auf die leitenden Entschlüsse besitzt. Jahre lang bin ich bemüht gewesen, eine geeignete Persönlichkeit für diese Stelle zu finden: ich habe sie erst finden können, als davon die Rede, war das Gehalt dafür um 5000 ℳ. zu erhöhen. Seitdem nun diese Erhöhung vom Hause abzulehnen beantragt ist, habe ich auch diesen Aspiranten wieder verloren.

Abg. Virchow: Schon allein aus dem Umstande, daß Jahre lang eine solche Stellung im Ministerium des Innern ebenso wie im Handelsministerium unbesetzt geblieben ist, folgt, daß diese Stellen für die Ministerien kein nothwendiges Bedürfniß sind. Die Einrichtung der Unterstaatssecretäre ist bekanntlich aus England zu uns herüber gekommen. Dort hat der Unterstaatssecretär eigentlich die Stellung des Ministers, des ständigen leitenden Verwaltungsbeamten neben dem wechselnden parlamentarischen und politischen Staatsminister. Wenn wir parlamentarische Minister hätten, bei denen die Möglichkeit vorhanden wäre, sie von Zeit zu Zeit los zu werden (Heiterkeit), so würde ich auch geneigt sein, eine solche ständige administrative Position zu bewilligen, gegenüber der Selbstständigkeit der Minister aber kann ich ein Bedürfniß für diese Stelle nicht anerkennen und werde daher für Absetzung der Position stimmen.

Handelsminister Achenbach: Ich meine doch nicht, daß das Amt des Ministers als so dauernd angesehen werden kann, Ausnahmen kommen ja vor, daß es nicht höchst nothwendig erschiene, eine ständige Persönlichkeit in der Leitung der Verwaltung zu haben. Was mein Ressort betrifft, so hebe ich nur hervor, daß die Geschäfte des Handelsministeriums seit 1867 sich um ein volles Drittel vermehrt haben. Ich gehe gegenwärtig mit der Absicht um, diese Unterstaatssecretärstelle in meinem Ressort definitiv zu besetzen, und ich kann das Haus nur dringend bitten, nicht durch Annahme der hier gestellten Anträge die Verwaltung zu erschweren.

Abg. Graf Limburg (Stirum) bittet gleichfalls, sowohl den Antrag der Budget-Commission wie den des Abg. v. Saucken abzulehnen.

Abg. Windthorst (Meppen) bittet das Haus den Antrag Saucken anzunehmen, da es durchaus ungerechtfertigt sei, für eine Stelle Geld zu bewilligen, die seit langen Jahren unbesetzt sei und völlig in der Luft schwebe.

Abg. Lasker: Ich muß es für einen äußerst unbefriedigenden Zustand erklären, daß unsere höchsten Staatsbehörden nicht durch Gesetz, sondern lediglich durch den Etat organisirt sind. Namentlich beim Ministerium ist es nothwendig, daß man die Personen kenne, welche an der politischen Vertretung Theil nehmen. Mir gefällt der Zustand durchaus nicht, wie er bis jetzt im Ministerium des Innern obgewaltet hat. Ich bin ein Anhänger der Unterstaatssecretäre für alle Ministerien, weil ich es für einen politischen Schaden halte, wenn unsere Minister gedrängt werden, ihre eigenen Büreaubeamten zu sein und mit Arbeiten sich aufzuzehren, die neben einer großen Leitung der Landesangelegenheiten nicht möglich sind. (Sehr richtig!) Nun führt uns aber der Minister des Innern jährlich den Posten eines Unterstaatssecretärs im Etat vor und macht diesen zu einer völlig mystischen Person. Man könnte eben so gut wie von einem „ausgestopften Hauptmann" von einem „ausgestopften Unterstaatssecretär" sprechen (Heiterkeit); er erscheint jährlich wieder, und wenn wir fragen, wozu er nothwendig ist, so hören wir, daß nicht seine Person genannt ist, sondern sein Gehalt. (Sehr wahr!) Er hat uns auch keineswegs den ganzen Grund gesagt, weshalb er bisher ohne Unterstaatssecretär ausgekommen ist und ich will dem Hause die Ergänzung zu seinen Gründen mittheilen. Dieselbe liegt in der Eigenthümlichkeit, daß man bis in die höchsten Stellen hinauf persönliche und bureaukratische Rücksichten walten läßt. Wenn sich der Minister dazu entschließen könnte, einen tüchtigen, jüngeren Mann, der noch nicht so weit aufgerückt ist, in die rechte Stelle zu bringen, dann würde er Unter-Staatssecretäre in Masse bekommen, so aber ist immer die Frage: wieviel Dienstjahre hat der Mann? wie lange ist er bereits Ober-Regierungsrath? und welche Orden hat er bereits bekommen? (Sehr wahr!) Alles Dinge, die rein decorativer Natur sind und mit den Landesgeschäften nicht das Mindeste zu thun haben. Mit solcher bureaukratisch abgelebten Methode kann man allerdings einen großen Staat nicht regieren. Das ist der Grund, weshalb dieser Posten so lange unbesetzt geblieben ist. Nun habe ich allerdings nicht den Wunsch, einem berechtigten Anspruch des Ministers des Innern entgegenzutreten. Ich habe nichts dagegen, daß eine gewisse Remuneration für die nothwendigen Directorialgeschäfte gewährt werde. Dazu brauchen aber nicht 15,000 Mark verwendet zu werden. Um daher Vorsorge zu treffen, durch welche die Bewilligung auf das richtige Maß zurückgeführt wird und zugleich eine Budgetfrage, wie es die vorliegende ist, in unserem Sinne zur Erledigung zu bringen, stelle ich den Antrag, dem Titel folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Aus dem Gehalte des Unterstaatssekretärs können 3000 Mk. zur Remuneration an zwei mit den Directorialgeschäften betraute Räthe bewilligt werden." Dadurch bekommen wir eine klare Position und wissen, daß der Minister nicht berechtigt ist, einen Pfennig mehr aus diesen 15,000 Mk. zu nehmen als wir bewilligt haben, und wir machen zugleich dem Mißbrauch, der bisher mit der figurativen Stellung des Unterstaatssectretärs getrieben ist, ein Ende.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich bin der Ansicht, daß die Nothwendigkeit der Staatssekretäre von den Ministern nachgewiesen worden ist. Ich stimme auch für die Erhöhung des Gehalts, weil ich mich überzeugt habe, daß gerade die höheren Beamten am schlechtesten besoldet sind im Verhältniß zu den übrigen. Selbst beim Minister ist seit Jahren keine Gehaltsaufbesserung gemacht worden, so daß ich nicht weiß, wie ein Minister mit einem solchen Gehalt auskommen kann. Aus ökonomischen Rücksichten wird der Minister jedenfalls nicht so lange auf seinem Posten bleiben, wie neulich angedeutet wurde. Ich kann nur glauben, daß dies lediglich wegen der angenehmen Beziehungen zu dem Parlament geschieht. (Heiterkeit.) Was den Antrag Lasker anbetrifft, so stimme ich gegen denselben, eventuell bitte ich, ihn an die Budgetcommission zu verweisen.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich kann erklären, daß ich mit dem Antrage Lasker einverstanden bin.

Unmittelbar vor der Entscheidung über die verschiedenen Anträge beantragt Abg. Richter (Hagen), über den Antrag Lasker namentlich abzustimmen. Abg. Lasker bestreitet die Zuläßigkeit eines solchen Antrages nach dem Schluß der Debatte. Es knüpft sich hieran eine lange Geschäftsordnungs-Debatte, die damit endet, daß Abg. Windthorst über sämmtliche Anträge namentlich abzustimmen beantragt. Der Ausführung dieses Antrages kommt das Haus dadurch zuvor, daß es die ganze Angelegenheit an die Budget-Commission zurückverweist.

Die Cap. 90 und 91 enthalten die Ausgaben für das statistische Bureau und das meteorologische Institut. — Abg. Schmidt (Stettin): Das meteorologische Institut hat keinen inneren Zusammenhang mit dem statistischen Bureau und würde kein Widerspruch erfolgen, wenn dasselbe dem Ministerium des Unterrichts zugewiesen und mit der Sonnenwarte, dem astrophysikalischen Institute in Potsdam vereinigt würde. Vor dieser Vereinigung müßten aber die Ausgaben im Interesse der Sache angemessen erhöht werden. — Geheimrath Herrfurth: Die Regierung erkennt es an, daß die Verbindung des meteorologischen Instituts mit dem statistischen Bureau nicht in der Natur der Sache begründet ist, sondern nur auf der historischen Entwickelung beruht. Die Regierung hat deshalb auch schon einleitende Schritte zur Auflösung dieser Verbindung gethan und die nöthigen Verhandlungen angeknüpft, sowie die erforderlichen Gutachten eingefordert. Die Absicht ist, das Institut als Mittelpunkt der meteorologischen Beobachtungen in Deutschland zu erweitern und ihm auch die erdmagnetischen Beobachtungen zuzutheilen, vielleicht dasselbe in Verbindung mit der deutschen Seewarte zu bringen. — Abg. Windthorst (Meppen) tadelt, daß die Unterbeamten des statistischen Büreaus nicht wie bei anderen Behörden in verschiedenen Rangklassen rangiren, damit ihnen die Möglichkeit geboten werde, in eine besser dotirte Stelle aufzurücken, und wünscht eine Aenderung im nächsten Etat. — Abg. Schmidt ist mit dem Vorredner einverstanden und fügt noch hinzu, daß auch die Hilfsbeamten bei der Aufstellung des nächsten Etats mit Wohnungsgeldzuschüssen bedacht werden mögen. — Geh. Rath Herrfurth führt aus, daß eine Eintheilung der Unterbeamten des statistischen Bureaus in verschiedene Rangklassen wegen der eigenthümlichen Beschäftigung derselben nicht thunlich sei, daß aber das Durchschnittsgehalt derselben zu ihrem Vortheil normirt sei. Den Hilfsarbeitern könnten so lange keine Wohnungsgeldzuschüsse gewährt werden, als ihre Stellen nicht zu etatsmäßigen umgewandelt seien. — Die Capitel 90 und 91 werden genehmigt.

Zu dem Etat des Oberverwaltungsgerichts beantragt Abg. Gneist zwei neue Rathsstellen, indem er darauf hinweist, daß sich bei Aufstellung des Etats eine derartige Arbeitsvermehrung noch nicht habe übersehen lassen, wie sie thatsächlich in den beiden letzten Monaten stattgefunden und welche im gegenwärtigen Monate das Doppelte erreiche von dem, was im Herbst des vorigen Jahres zu erledigen war. Jene Vermehrung sei eine nicht zufällige, sondern werde stetig weitergehen, und besonders in der nächsten Zeit sei die Massenvermehrung zu erwarten, welche der Competenzgerichtshof veranlassen würde. Hierbei sei aber besonders noch zu berücksichtigen, daß vom Oberverwaltungsgericht keine Hilfsarbeiter angestellt werden dürften, da es demselben ja von vornherein bei seiner Constituirung zur Bedingung gemacht worden, daß es nur aus ordentlichen etatsmäßigen Richtern bestehe. — Geh. Rath Herrfurth erkennt die augenblickliche Arbeitsüberhäufung an, doch sei dieselbe nicht so groß, daß eine Vermehrung der Stellen absolut nothwendig wäre. Wenn das Haus jedoch in seiner Majorität den Wunsch habe, so wolle er nicht widersprechen. — Abg. v. Meyer (Arnswalde): Man überschätze gewöhnlich die Arbeitslast neugeschaffener Institute. Die Landräthe seien auch mit Arbeit überhäuft, aber man würde sie sehr ansehen, wenn sie neue Hilfskräfte fordern würden. — Abg. Lasker: Wir können uns unmöglich der Gefahr aussetzen, daß die Geschäfte des obersten Gerichtshofes in Rückstand bleiben. Derselbe ist von einer solchen Wichtigkeit und so der Schlußstein unserer ganzen Selbstverwaltungsreform, daß von der Regierung wirklich Muth dazu gehört, eine Vermehrung der Arbeitskräfte abzuweisen. Die Arbeiten des höchsten Verwaltungsgerichtshofs gehören zu den allerschwierigsten, und ich will lieber fünf juristische Erkenntnisse machen als eine Entscheidung in Sachen treffen, wie sie diesem Gerichtshofe vorliegen. Um die Abstufung der Gehälter genau zu regeln beantrage ich, dem Posten „5 Räthe mit 7,500 Mk. bis 9900 Mk." den Zusatz zu geben: „in Abstufungen von

600 Mk." Abg. v. Benda ersucht die Regierung, sich strikte mit dem Antrage einverstanden zu erklären, da es Usus in der Budget-Commission sei, keine neue Etaterhöhung zu machen, der die Regierung nicht selber zugestimmt habe. Abg. Windthorst (Meppen) erklärt, daß er gegen die neuen Rathsstellen stimmen werde, weil den westlichen Provinzen, diesen Heloten des preußischen Staates (Oho!), die Wohlthat der Selbstverwaltung bisher noch nicht zu Theil geworden. Uebrigens habe der Verwaltungsgerichtshof selbst noch nicht einmal eine Beschwerde bei der Regierung eingereicht. Abg. Gneist betont, daß die Klage der Geschäftsüberhäufung von sämmtlichen Mitgliedern des Gerichtshofes getheilt werde, und daß die Beschwerde schon auf dem Wege zum Ministerium sei. — Abg. Miquel: Ich muß mich darüber beklagen, daß trotz der großen Zahl der neugeschaffenen Beamtenkategorien die alten Beamten nicht verschwinden. Wir haben jetzt die Selbstverwaltungsbehörden geschaffen, ein Oberverwaltungsgericht und einen Competenzgerichtshof eingerichtet, aber trotzdem ist eine Verminderung der Staatsbeamten nicht zu bemerken. Ich möchte die Regierung ersuchen, eine Denkschrift dem Hause zugeben zu lassen, welches die Veränderungen des Ministerialbeamtenpersonals seit Schaffung der Selbstverwaltungsbehörden darstellt. — Abg. v. Benda erklärt, daß eine Uebersicht bereits der Budgetcommission zugegangen sei und demnächst dem Hause vorgelegt werden würde. — Die Titel mit den Anträgen Gneist und Lasker werden an die Budgetcommission verwiesen.

Die Tit. 4, 5 und 11 des Cap. 92 (Bezirksverwaltungsgerichte) beantragt Abg. Wachler (Schweidnitz) im Anschluß an den zu dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung bereits gefaßten Beschluß zur Vorberathung an die Budgetcommission zu überweisen und die weitere Beschlußfassung einstweilen auszusetzen. — Abg. Wetzky führt aus, daß die nach den Erläuterungen zum Etat für das Ministerium des Innern in Aussicht genommene Uebertragung der Functionen des auf Lebenszeit anzustellenden Verwaltungsmitgliedes des Bezirksverwaltungsgerichts zu Marienwerder an den in Danzig anzustellenden Director des dasigen Bezirksverwaltungsgerichts mit Rücksicht auf den Geschäftsumfang dieser beiden Bezirksverwaltungsgerichte ungesetzmäßig oder wenigstens unzweckmäßig erscheint, vielmehr im Hinblicke auf die fortdauernde Zunahme der Geschäfte dieser Gerichte die Anstellung eines lebenslänglichen Mitgliedes für jedes derselben geboten ist und beantragt demgemäß die Etatsposition abzuändern. — Geh. Rath Herrfurth bekämpft die Aeußerung des Vorredners, daß die von der Regierung geplante Maßregel gesetzwidrig sei. Dieses Bedenken sei weder in der Gruppe noch von dem Mitgliede des Oberverwaltungsgerichts, welches dem Hause angehört, getheilt worden. Von der Zweckmäßigkeit derselben sei die Regierung allerdings nach den neuerdings bekannt gewordenen Thatsachen nicht mehr überzeugt, und setzt deshalb dem Antrage Wetzky keinen Widerspruch entgegen. — Darauf werden diese Positionen der Budgetcommission überwiesen.

Zu Titel 6 (Remunerationen für Verwaltungsgerichte) bemerkt Abg. Berger, daß er es tief beklage, daß noch immer den westlichen Provinzen die Wohlthat der Selbstverwaltungsgesetze vorbehalten bleibt, obgleich er nicht so weit wie der Abg. Windthorst gehe, die Bewohner jener Landestheile deshalb als Heloten zu bezeichnen. Redner giebt darauf eine historische Uebersicht über die Anregungen und Interpellationen, welche in Bezug auf diesen Gegenstand an den Minister seit Jahren gestellt seien und welche jedesmal eine zusagende Erklärung von Seiten des Ministers hervorgerufen hätten. Nichtsdestoweniger sei bisher nichts geschehen und er stelle deshalb nochmals die Anfrage, wann der Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung der Kreisordnung auf die westlichen Provinzen, endlich dem Hause werde vorgelegt werden. — Minister Graf zu Eulenburg: Ich stehe auch heute noch auf dem Standpunkte, daß die Westprovinzen nothwendig in den Rahmen der Selbstverwaltungsgesetzgebung eingefügt werden müssen. Aber ich muß mir doch die Frage vorlegen, welche Gesetze dem Lande zunächst am nöthigsten seien und für solche halte ich die Städteordnung und das Communalsteuergesetz, neben welchen in einer Session doch für einen so bedeutenden Gesetzentwurf, wie ihn der Abg. Berger wünscht, kein Raum ist. Ich halte es auch für angezeigter durch den Norden über Schleswig-Holstein mit der Kreisordnung nach den Westprovinzen zu gehen, weil man zunächst dort einen geeigneteren Boden für diese Reformen findet. — Abg. v. Schorlemer-Alst bestreitet, daß in den Westprovinzen ein für Reformen weniger geeigneter Boden sei als in Schleswig-Holstein. Es mache einen eigenthümlichen Eindruck, wenn der Minister nach so vielen Zusagen für die Westprovinzen nun erst Schleswig-Holstein und alles vielleicht demnächst im Norden zu annectirende Land (Heiterkeit) mit der Kreisordnung beglücken wolle. Das Haus müsse nach so viel vergeblichen, fast einstimmigen Resolutionen in Betreff dieses Gesetzes die Willensstärke besitzen, denselben durch constitutionelle Mittel vom Minister zu erzwingen, sonst werde das Parlament noch mehr an Achtung verlieren, als dies bisher der Fall sei. — Vicepräsident Graf Bethusy-Huc rügt die letzte Aeußerung als unparlamentarisch. — Abg. Hänel ist höchst erfreut über die Aussicht, daß Schleswig-Holstein demnächst die Kreisordnung erhalten solle, obwohl er zugestehen müsse, daß die Resolutionen des Hauses auch in Bezug auf die Priorität der Westprovinzen ihre Autorität behalten müßten. Jedenfalls sei aber die Einführung der Kreisordnung in Schleswig-Holstein, so lange die alte mangelhafte Gemeindeordnung dort bestehe, nicht möglich. Eine gleichzeitige Einführung beider Gesetze sei unumgänglich nöthig. — Abg. Richter (Hagen) bemerkt, es sei höchst eigenthümlich, daß der Minister es als die dringendste Aufgabe erachte, die Kreisordnung in Schleswig-Holstein, das eigenste Werk seiner staatsmännischen Weisheit, durch eine andere zu ersetzen. Der Gesetzentwurf für die westlichen Provinzen liege ja bekanntermaßen seit Jahren fertig im Ministerium und auch die Debatten im Hause würden weniger langwierig sein, wenn der Minister sich entschließen würde, seine Gesetzentwürfe mehr im Sinne der Mehrheit des Volkes und des Hauses auszuarbeiten, als dies bei der Städteordnung und namentlich auch beim Communalsteuergesetz der Fall war, welches nicht einmal die Landräthe gebilligt hätten. — Minister Graf zu Eulenburg entgegnet, daß er nur gesagt, daß Schleswig-Holstein eben durch seine jetzige Kreisordnung den geeignetsten Boden für die Einführung der neuen biete. Zu derselben gebe nicht die Mangelhaftigkeit der jetzt dort geltenden Kreisordnung, sondern das Interesse der Staats- und Rechtseinheit Veranlassung. Den Entwurf des Communalsteuergesetzes hätten von 49 Communalbehörden, denen derselbe zur Begutachtung vorgelegt sei, ¾ und von 51 königlichen Behörden ⅚ im Princip gebilligt. — Abg. Berger weist nochmals auf die Nothwendigkeit hin, den westlichen Provinzen die Kreisordnung zu geben, da die jetzt dort herrschenden Zustände unerträglich seien. Alle Parteien seien in den westlichen Provinzen in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Selbstverwaltungsgesetze einig. — Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe nur meine Genugthuung darüber ausdrücken wollen, aus dem Munde des Vorredners constatiren zu hören, daß über den beklagenswerthen Zustand in Bezug auf die Nichteinführung der Kreisordnung in den Westprovinzen alle Parteien einig sind. Aber der Vorredner weiß ja, daß Hr. v. Sybel, — und der ist maßgebend in dieser Sache — so lange der Culturkampf dauert, bei dem Reichskanzler die Erlaubniß für den Minister des Innern, in dieser Richtung vorzugehen, nicht beantragt hat. (Heiterkeit.) Ich kann daher nur bitten und wünschen, daß wir sobald wie möglich den Culturkampf beseitigen und dem Abg. v. Sybel auf diese Weise die Basis seiner Existenz entziehen. — Abg. v. Sybel: Da in den Zuständen der Rheinprovinz bisher keine Veränderung eingetreten ist, so kann ich auch nur bei meiner früheren Auffassung beharren. Ich bestreite durchaus die Thatsache, daß der Wunsch nach Einführung einer neuen Kreisordnung in der Rheinprovinz ein ganz allgemeiner ist. Es giebt dort eine große Zahl liberal gesinnter Männer, die freilich in der Minorität sind, und diese liberale Minorität würde das kann ich Sie versichern, die Einführung einer neuen nicht modificirten Kreisordnung im höchsten Grade beklagen. Ich bin der Meinung, daß jede Vermehrung gewählter Beamten für diese liberale Minorität eine vernichtende Calamität sein würde; denn die Minorität erlebt es tagtäglich, was es bedeutet, unter dem Drucke eines von einer popularen, organisirten Gegenpartei geleiteten Terrorismus zu stehen. (Heiterkeit im Centrum.) Ja, Ihnen kommt das heiter vor, ich versichere Ihnen aber, daß Ihren liberalen Gegnern die Situation in keiner Weise heiter erscheint, daß trotzdem denselben heute noch durch die königlichen Beamten ihr socialer Friede und ihr Eigenthum geschützt wird (Rufe: Oho!), sie sich trotzdem auf Schritt und Tritt in ihrer ganzen Existenz von Ihren Parteigenossen bedroht sahen (Widerspruch) Auch ich sage: lassen Sie uns den Culturkampf beenden: aber diese Beendigung des Culturkampfes hat kein Anderer in der Hand, als Sie selbst. — Abg. Miquel: Ich glaube aus der Mitte meiner politischen Freunde keinen Widerspruch zu erfahren, wenn ich erkläre, daß, sowie der Abg. v. Sybel seinen vereinzelten Standpunkt von früher beibehalten hat, auch die große Mehrheit der nationalliberalen Fraction unausgesetzt ihren Standpunkt festhält. Wir halten das Hinausschieben der Einführung der Kreisordnung in Westfalen und Rheinland durch den Culturkampf in keiner Weise für motivirt und sind der Meinung, daß das Gesetz ein dringendes Bedürfniß für jene Provinzen ist. Ich persönlich halte die Kreisordnung sogar noch für dringender nothwendig, als die Einführung der Städteordnung. Ich weise darauf hin, daß die Kreisordnung auch in solchen Provinzen gilt, in denen ebenso heftig der Culturkampf geführt wird, wie in Rheinland und Westfalen ohne daß Unzuträglichkeiten hierdurch in irgend einer Weise entstanden sind. Diese Thatsache schlägt alle die phantasievollen Besorgnisse des Abg. v. Sybel zu Boden. (Sehr wahr!) Von allen Seiten wird gewünscht, daß der Culturkampf aufhören möge. Ich frage Sie, ist es nicht dringend wünschenswerth, den Streit wenigstens so weit als möglich einzuschränken und ihn nicht, wie der Abg. v. Sybel will, auf Gebiete auszudehnen, in welche er gar nicht hineingehört? Werden die Gemüther nicht vielmehr versöhnlich gestimmt, wenn wir solche Gebiete aufsuchen, auf welchen für alle Parteien gemeinsame Interessen obwalten (Sehr wahr!) Dies also scheint mir die richtige Anbahnung zur Lösung des Culturkampfes, daß beide Parteien an demjenigen festhalten, was ihnen gemeinsam ist, daß sie sich gegenseitig achten lernen auf solchen gemeinsamen Gebieten und dadurch zur gegenseitigen Versöhnung beitragen. (Lebhafter Beifall.) — Tit. 6 wird hierauf bewilligt. — Nächste Sitzung: Freitag.

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 8. Februar. 1877.

Der Gesetzentwurf wegen Umgestaltung der für den Landdrosteibezirk Osnabrück bestehenden Gebäude-Versicherungs-Anstalt wird den Commissionsvorschlägen gemäß angenommen.

Es folgt die Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten. Die Budget-Commission des Herrenhauses hat den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegen die Beamten der 4. und 5. Rangklasse wieder getrennt; im Uebrigen den Gesetz-Entwurf unverändert gelassen.

Graf z. Lippe verwahrt sich gegen die Vorwürfe welche der Justizminister im Abgeordnetenhause gegen ihn erhoben, indem er die Grundsätze mißbilligte, welche die frühere Verwaltung angewendet habe. Ihm, dem Redner, sei gerade eine große Personalkenntniß der Justizbeamten nachgerühmt worden, und er habe die höheren Stellen mit größter Sorgfalt in der Auswahl der Personen besetzt und Meldungen für die höchsten Stellen gar nicht angenommen. Seine Aufgabe sei es gewesen, die Disciplin, die durch viele politische Manifestationen der Beamten gelockert war, wieder zu befestigen. Er bedauere es auf das Höchste, daß besonders die richterlichen Beamten so vielfach an den Agitationen der Fortschrittspartei sich unbestraft betheiligen dürften. Außerdem findet es Redner nicht passend, wenn ein Minister die Amtshandlungen und Ansichten seines Amtsvorgängers tadele, ohne von demselben angegriffen zu sein; denn in einem monarchischen Staate bedeute das doch, die Krone habe sich in der Wahl des Ministers geirrt. Redner beantragt dann noch, den vom Abgeordnetenhause gestrichenen Paragraphen: „Eine Vergütung für Umzugskosten findet nicht Statt, wenn die Versetzung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolgt", wieder aufzunehmen, sonst würde es leicht dazu kommen, daß die Herren Richter im Lande herumvagabundiren.

Justizminister Leonhardt erwidert, daß er an die Person des Vorredners gar nicht gedacht habe, als er die beregte Aeußerung im Abgeordnetenhause gethan. Der von ihm getadelte Grundsatz sei in der Justizverwaltung feststehend gewesen und er selbst habe ihn Jahre lang befolgt, bis ihn die praktischen Erfahrungen zur Aenderung gebracht hätten. Als er das Ministerium übernahm, wurde nur nach diesem Meldungssystem verfahren; geschäftliche Einrichtungen für ein anderes System waren gar nicht vorhanden, die habe er erst schaffen müssen.

Graf zu Eulenburg (Director der Staatsschulden-Verwaltung) erklärt sich gegen die Annahme des vom Grafen zur Lippe wiederaufgenommenen Paragraphen; die Wünsche, welche die Beamten dazu brächten, Anträge auf Versetzung zu stellen, wie z. B. der Wunsch einer besseren Erziehung der Kinder, seien doch nicht als Delicte anzusehen, für welche man die Betreffenden durch Entziehung der Umzugskosten bestrafen müßte.

Finanzminister Camphausen: Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß das in dem Zusatz-Paragraphen ausgesprochene Prinzip kaum angefochten werden kann, wenn man den Paragraphen eben richtig und wohlwollend, wie dies die Regierung stets gethan, interpretirt. Bei der großen Abgeneigtheit, die man aber im andern Hause gegen diesen Paragraphen hat, und gegenüber der Thatsache, daß der Paragraph dort einstimmig gestrichen ist, entschließt sich die Regierung dazu, auf denselben Verzicht zu leisten. (Beifall).

Das Haus nimmt darauf den Gesetzentwurf (mit Ausnahme der Trennung der 4. und 5. Rangklasse) nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses ohne erhebliche Debatte an. — Ohne Debatte erledigt das Haus dann den Gesetzentwurf, betreffend die nach dem Gesetz über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen zu gewährenden Tagegelder, Reisekosten und Feldzulagen und den Bericht der Matrikelcommission.

Es folgt der Bericht der Petitionscommission über die Petition des Majors a. D. v. Jena II.; v. Diest-Daber und Gen. Die Petenten beantragen: „Das Herrenhaus möge zur Beseitigung des vorhandenen und wachsenden Mißtrauens im Lande das über das Eisenbahnwesen beschaffte Material sorgfältig prüfen und eine vollständige Klarlegung der daraus hervorgehenden That- und Personalfragen herbeiführen, auch ferner veranlassen, daß Behufs Beseitigung der socialen Mißstände eine Enquête-Commission, bestehend aus Männern des Gewerbe- und Handwerkerstandes, sowie aus Mitgliedern der beiden Häuser des Landtages, eingesetzt werde." — Die Commission schlägt vor: „In Erwägung, daß der Bericht der Immediat-Eisenbahn-Untersuchungs-Commission, seit drei Jahren durch den Druck veröffentlicht, nicht allein in den Händen der Mitglieder der beiden Häuser des Landtages, sondern auch in den Händen der Behörden ist; eine Berathung desselben im Plenum des Herrenhauses von Mitgliedern des Hauses bisher nicht verlangt wurde, auch angenommen werden muß, daß das in dem Berichte enthaltene für die Gesetzgebung geeignete Material seitens der kompetenten Behörden benutzt worden ist; in fernerer Erwägung, daß nach Erklärungen der königlichen Staatsregierung mit Sicherheit angenommen werden kann, daß seitens der deutschen Reichsregierung die bereits in Angriff genommene theilweise Revision der zu ihrem Ressort gehörige Gesetzgebung — Actien-Gesetz, Gewerbe-Gesetz — weiter verfolgt werden wird; über die Petition der Herren von Jena II., v. Diest Daber und Genossen zur Tagesordnung überzugehen." — Dagegen beantragt v. Wedell: „In Erwägung: daß der Bericht der Immediat-Eisenbahn-Untersuchungs-Commission genügendes Material für die einschlagende Gesetzgebung geliefert hat, und daß durch eine Wiederaufnahme und Ausdehnung dieser Arbeit legislatorisch erhebliches Material voraussichtlich nicht weiter gewonnen werden wird, die Petition der Staatsregierung mit dem Antrage zu überreichen: ihren Einfluß auf die Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die bereits theilweise angebahnte Revision der Gesetzgebung, das Actienwesen, die Gewerbeordnung und den Unterstützungswohnsitz betreffend, mit aller Energie verfolgt werde. — Baron Senfft v. Pilsach beantragt hinter dem Worte „Gewerbeordnung" einzuschieben: „eine gerechte Besteuerung der Börsencourse."

Berichterstatter Oberbürgermeister Gobbin: Die Petition sei der Ausdruck einer subjectiven Mißstimmung einer Partei, die lange Zeit hindurch im Besitze der Regierung des Landes war und jetzt depossedirt ist. Redner glaubt, daß es nicht Sache des Herrenhauses sei, sich mit dieser Mißstimmung zu befassen; diese Partei wird auch Einkehr bei sich gehalten haben und darüber klar geworden sein, welche Fehler dazu mitgewirkt haben, ihre Herrschaft zu stürzen. Er könne nicht absehen, wohin es führen solle, wenn in der Petition von der Gesetzlosigkeit im Lande, von der Entfremdung vom Kirchenthum u. s. w. die Rede sei. Was solle denn die Einsetzung einer Enquête-Commission bewirken? Das Mißtrauen, welches im Lande herrsche, werde dadurch nicht gehoben, sondern nur vermehrt. Eine Debatte über den Bericht der Eisenbahn-Commission, wie er von den Petenten gewünscht werde, würde doch nur in persönliche Angriffe ausarten. Wenn es sich erweisen ließe, daß die Petition nur diesen Zweck verfolge, so würde die Commission keine motivirte, ja nicht einmal eine einfache Tagesordnung beantragt haben, sondern die Petition einfach als ungeeignet a limine abgewiesen haben und ihr nicht die Ehre erwiesen haben, hier im Hause zur Sprache gebracht zu werden. Was soll daraus werden, wenn sich die besitzenden und gebildeten Klassen in dieser Art und Weise anfeinden und bekämpfen? Die Ernte dieser Staat wird nicht den Gebildeten, sondern den Ungebildeten zufallen. (Beifall). Dem Antrage des Hrn. v. Wedell gegenüber bemerkt der Referent, daß die Reichsgesetzgebung bereits den Weg beschritten habe, auf welchen er sie drängen will: von der Einsicht der Reichsregierung sei zu erwarten, daß sie auf diesem Wege fortfahren werde. (Während dieser Rede sind Fürst Bismarck und der Handelsminister Achenbach ins Haus getreten.)

v. Wedell verwahrt sich als Mitpetent gegen die Unterstellung des Vorredners, als sei die Petition der Ausdruck der Mißstimmung einer politischen Partei; die Petenten bildeten keine politische, sondern eine wirthschaftliche Partei, welche die Schäden der liberalen Gesetzgebung auf wirthschaftlichem Gebiete erkannt hätte und denselben abzuhelfen oder ihnen entgegenzuarbeiten wünschte. Er wünsche nicht noch mehr Staub aufzuwirbeln und den Antrag zu stellen, den Eisenbahncommissionsbericht zur Debatte zu stellen. Aber die in der Petition beregten Schäden seien anerkanntermaßen vorhanden, und Angesichts dieser Thatsache sei es doch deprimirend, wenn ein Antrag auf Tagesordnung, in welcher schonenden Form auch immer, gestellt wird.

Darauf wird der Schluß der Discussion mit 35 gegen 30 Stimmen angenommen. Das Haus nimmt dann den Commissions-Antrag auf motivirte Tagesordnung mit derselben Majorität an. — Nächste Sitzung; Sonnabend.

Danzig, 9. Februar.

Die Berliner „Post" will uns nicht nur von Ostpreußen trennen, sondern sie will auch in dem Namen der neuen Provinz jede Gemeinschaft mit unseren östlichen Nachbarn auslöschen, sie will den Namen Westpreußen vollständig vertilgen. Das freiconservative Blatt bringt nämlich unter der Ueberschrift: „West"-Preußen folgenden Artikel:

„So lange es nur Eine „Provinz Preußen" (das alte „Königreich", früher „Herzogthum" Preußen) gab respective giebt, hat daran kein Anstoß genommen werden können, daß der westliche Theil dieser Provinz als „Westpreußen" bezeichnet wurde. Von dem Augenblick aber, daß das ursprüngliche Preußen in zwei Provinzen getheilt wird, behält für die eine derselben allerdings der Name „Ostpreußen" immer noch seinen Sinn, denn diese Provinz umfaßt den Osten des preußischen Staates. Dagegen würde der Name „Westpreußen" für eine zwar westlich von jener, doch immer im Osten des gesammten Staats gelegene Provinz desselben keinen Sinn haben. „Westpreußen" als Name eines selbstständigen Bestandtheils der preußischen Staatsgrenzen würde auf die Rheinprovinz passend angewandt werden, nicht aber auf die zwischen Ostpreußen und Pommern belegene neue Provinz. Der Name „Westpreußen" hat Sinn und Verstand nur innerhalb der nunmehr aufzulösenden Provinzialeinheit des alten Preußen. Vollkommen unzutreffend und irreleitend wäre es, die im Osten der Monarchie belegene Provinz als „Westpreußen" zu bezeichnen. Jeder andere Name, sei es Pomesanien oder Pomerellen, verdient den Vorzug vor dem einer Provinz „Westpreußen", die, wie lucus a non lucendo, darum als „Westen" des preußischen Staates aufgeführt werden sollte, weil sie im Osten desselben und nur westlicher als eine andere Provinz gelegen ist."

Wir wollen uns zunächst mit den beiden Namen beschäftigen, welche die „Post" an Stelle des Namens Westpreußen zu setzen weiß. Beide sind historische Namen von Theilen Westpreußens. Der altpreußische Gau Pomesanien umfaßte etwa den Theil östlich der Weichsel, welcher zwischen diesem Strome, der Ossa, dem Geserichsee, der Sorge, dem Drausen und der Elbinger Weichsel liegt, schloß also ursprünglich noch das große Werder ein. Er wird etwa durch die Städte Marienburg, Marienwerder, Riesenburg, Christburg, Lessen bezeichnet. So groß der Einfluß dieses Theiles, namentlich der der Städte Marienburg in älterer und Marienwerder in neuerer Zeit auf die Geschichte der Provinz gewesen, eine Uebertragung des Gaunamens auf den ganzen Landestheil hätte nur dann eine Berechtigung, wenn diese Orte dabei als Leiter einer die Hegemonie führenden Landschaft Pomesanien aufgetreten wären, was ganz und gar nicht der Fall war. Unter Pomerellen versteht man jetzt gewöhnlich den ganzen links der Weichsel gelegenen Theil Westpreußens, eigentlich deckt jener Name nur den nördlichen Theil dieses Landestheils bis zur Kamionka, also bis etwa an eine von Landeck über Pr. Friedland nach Schwetz führende Linie, während der von dieser Linie südlicher gelegene Theil zum Netzedistricte gehörte. Wählte man den Namen Pomerellen, so würde es scheinen, als ob der östlich der Weichsel gelegene Theil nur ein Anhängsel an den links der Weichsel gelegenen Theil wäre, und eine solche Auslegung möchten wir doch von vornherein ausschließen, jeder Theil der Provinz soll sich als gleich berechtigt fühlen. Richtiger, wenn auch sehr unschön, wäre schon der Name „Pomerellpreußen", wie ihn der Pelpliner Correspondent der „Germania" anzuwenden pflegt; dieser Name würde wenigstens Westpreußen rechts und links des Stromes berücksichtigen.

Wir können aber die Gründe gar nicht einsehen, welche die Fortführung des Namens Westpreußen unthunlich machen sollen. Unter diesem Namen sind die einzelnen Theile historisch zusammengewachsen, unter diesem Namen haben wir bisher um unsere provinzielle Selbstständigkeit gekämpft, er wird uns auch genügen, wenn wir sie errungen haben. Mit dem Namen Westpreußen hätte auch der Name Ostpreußen seine eigentliche Bedeutung verloren; denn dieser bezeichnet nicht einen Gegensatz zu den anderen Theilen des preußischen Staates, sondern nur einen Gegensatz zu Westpreußen. Es ist nicht wahr, daß Westpreußen diesen Namen nur als einen Theil einer Provinz geführt hat. Bis gegen Mitte der zwanziger Jahre bildete es unter diesem Namen eine selbstständige Provinz wie jede andere, und gerade als solche wurde dem ehemaligen „Polnisch-Preußen" und den diesem zugeschlagenen Gebieten der Name Westpreußen beigelegt. Von jener Zeit an wurde auch erst für das ehemalige Herzogthum Preußen, das sonst volksthümlich Altpreußen genannt wurde, der Name Ostpreußen allgemeiner. Die zwischen Ost- und Westpreußen geschaffene Vereinigung war ja auch Anfangs nur eine formelle. Das Erzherzogthum Oesterreich führt noch heute diesen Namen, obwohl es an der Westgrenze der habsburgischen Monarchie liegt, und wir lassen den Westfalen ihren Namen, obgleich die Namen der andern Unterabtheilungen des sächsischen Volksstammes, der Ostfalen und der Engern, längst verschwunden sind. Man lasse auch uns den Namen Westpreußen, er bezeichnet so recht eigentlich Das, was wir, während wir diesen Namen führten, in den letzten 100 Jahren unter der Herrschaft der Hohenzollern geworden sind. Auch möchten wir den historischen Zusammenhang mit unseren östlichen Nachbarn nicht verleugnen. Es ist wahr, sie sagen jetzt, wir seien sehr unliebenswürdige Leute, sie haben uns nie an sich durch größere Liebenswürdigkeit zu fesseln gesucht, und sie thun dies heute noch viel weniger. Wird doch die ganze westpreußische Fraction des Provinzial-Landtages in der vorgestrigen „Königsb. Hart. Ztg." „Troß von Winters" benamst! Aber wir wollen nicht das, was uns von einem Ostpreußen widerfährt, Allen nachtragen, wir hoffen in Zukunft recht gute Freunde und Nachbarn zu werden. Wir wollen keine andere Trennung, als auf der Grundlage der Provinzial-Ordnung. — Wenn die „Post" sagt, der Name „Westpreußen" könne irre leiten, so hoffen wir dies nicht. Wir glauben, man weiß schon an vielen Orten, was man unter Westpreußen versteht, und wer es noch nicht weiß: nun der wird uns hoffentlich noch kennen lernen!

Im Eingange der Thronrede, mit welcher gestern die englische Parlamentssession eröffnet wurde, werden alle mit der Orientfrage zusammenhängenden Ereignisse, die sich seit der letzten Sitzung des Parlaments zugetragen haben, recapitulirt, hieran schließt sich die bereits in einem Telegramm gemeldete, auf den jetzigen Stand der Orientfrage bezügliche Stelle. Es geschieht darauf der Hungersnoth in Madras und Bombay bedauernde Erwähnung, ferner wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die in der Capcolonie getroffenen Maßregeln geeignet sein würden, die südafrikanischen Unterthanen der Königin vor einer Bedrohung ihrer Sicherheit zu schützen. Der Rest der Thronrede ist ausschließlich inneren Angelegenheiten gewidmet.

Der gestrige Petersburger „Golos" bespricht den türkischen Ministerwechsel und meint, der Sturz Midhat Paschas werde von den Mächten sehr zu beherzigen sein, welche es für möglich gehalten hätten, ihre orientalische Politik auf die Reformpläne Midhats zu basiren und dadurch die orientalische Frage in die heutigen Wirren gebracht hätten. Für die Orientpolitik bedürfe es eines festeren Bodens. Rußland hätte dies mit vollem Rechte betont. Der „Golos" hebt sodann hervor, die Mächte würden bei der Beantwortung des russischen Cirkularschreibens die jüngsten Ereignisse in Konstantinopel berücksichtigen müssen. Wenn sie anders handelten, würden sie nach der Ansicht des „Golos" eingestehen, daß die Politik der Westmächte auf Neid und Feindseligkeit gegen Rußland begründet sei, was doch Lord Northcote in seiner jüngsten Rede in Liverpool in Abrede gestellt habe. Das Blatt schließt den Artikel mit den Worten: „Hoffen wir, daß die englische Thronrede bei Eröffnung des Parlaments beweisen wird, daß die durch den Sturz Midhat's den englischen Turkophilen gegebene Lection nicht umsonst geblieben ist."

Wir wissen nicht, ob der „Golos" nun durch die englische Thronrede und die oben telegraphisch gemeldeten Worte der Lords Derby, Beaconsfield, Salisbury und Northcote erbaut sein wird; aber wir glauben, man kann in Petersburg zufrieden sein, wenn England erklärt, daß es zu Gunsten der Türkei keinen Krieg führen, daß es also Rußland nicht in die Arme fallen wird. Daß England seine Flotte in den Pontus senden wird, um die russischen Popowka's vor den Panzerschiffen des Admirals Hobart Pascha zu schützen, den Russen Varna zu verschaffen, das wird man doch in Petersburg nicht etwa gehofft haben.

Deutschland.

△ Berlin, 8. Februar. Der Bundesrath hielt heute eine Plenarsitzung ab. Die Vorlagen, betreffend den Beitritt Deutschlands zu der Vereinbarung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien

über den Schutz nützlicher Vogelarten; die Zulässigkeit der Erhebung von Eisenbahn-Expeditionsgebühren im Durchgangsverkehr; die Einwirkung der Eisenbahn-Frachttarife auf die Concurrenzfähigkeit der Spiritus-Exportplätze; die Feststellung des Feingehalts der Gold- und Silberwaaren; der Entwurf eiues Patentgesetzes, gingen an die Ausschüsse. — Der Entwurf über die Feststellung des Feingehalts der Gold- und Silberwaaren lautet: § 1. Die Angabe des Feingehalts auf Gold- und Silberwaaren ist nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gestattet. § 2. Auf Silberwaaren darf der Feingehalt nur in 800 oder mehr Tausendtheilen, auf Goldwaaren nur in 580 oder mehr Tausendtheilen angegeben werden. Der wirkliche Feingehalt darf weder im ganzen der Waare, ausschließlich des Schlaglothes, noch auch in deren einzelnen Bestandtheilen bei Silberwaaren mehr als 8, bei Goldwaaren mehr als 5 Tausendtheile unter dem angegebenen Feingehalt bleiben. — § 3. Die Angabe des Feingehalts geschieht durch ein Stempelzeichen, welches die Zahl der Tausendtheile und die Firma des Geschäfts, für welches die Stempelung bewirkt ist, kenntlich macht. Die Form des Stempelzeichens wird durch den Reichskanzler bestimmt. — § 4. Für die Richtigkeit des Stempelzeichens (§ 3.) haftet der Verkäufer der Waare. Ist deren Stempelung im Inlande erfolgt, so haftet gleich dem Verkäufer der Inhaber des Geschäfts, für welches die Stempelung erfolgt ist. — § 5. Ausländische Waaren, deren Feingehalt durch eine, diesem Gesetze nicht entsprechende Bezeichnung angegeben ist, dürfen feilgehalten werden, wenn sie außerdem mit einem Stempelzeichen nach Maßgabe dieses Gesetzes versehen sind. — § 6. Gold- oder Silberwaaren, auf welchen der Feingehalt angegeben ist, dürfen mit andern metallischen Stoffen nicht ausgefüllt sein; Verstärkungsvorrichtungen, welche im Innern der Waare angebracht sind, dürfen mit der letzteren metallisch nicht verbunden sein. § 7. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängniß wird bestraft: 1) wer Gold- oder Silberwaaren, welche nach diesem Gesetz mit einer Bezeichnung des Feingehalts nicht versehen sein dürfen, mit einer solchen Bezeichnung versieht; 2) wer Gold- oder Silberwaaren, welche nach diesem Gesetz mit einer Bezeichnung des Feingehalts versehen sein dürfen, mit einer anderen, als der nach diesem Gesetz zulässigen Feingehaltszeichnung versieht; 3) wer andere Waaren als Gold- und Silberwaaren mit einer nach diesem Gesetz für den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren zulässigen oder einer ähnlichen Bezeichnung versieht; 4) wer Waaren feilhält, welche mit einer nach No. 1 bis 3 strafbaren Bezeichnung versehen sind. Mit der Verurtheilung ist zugleich auf Vernichtung der gesetzwidrigen Bezeichnung oder, wenn diese in anderer Weise nicht möglich ist, auf Zerstörung der Waare zu erkennen. § 8. Dieses Gesetz tritt am . . . . in Kraft. An demselben Tage treten alle landesherrlichen Bestimmungen über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren außer Geltung."

— Durch eine Verfüguug des Oberbürgermeisters Hobrecht ist auf Beschluß des Magistrats den einzelnen städtischen Verwaltungen mitgetheilt worden, daß die Beamten die bestehenden Dienststunden (9 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags) einzuhalten haben, daß indeß da, wo es nothwendig ist, auch ein Nachmittags- und Nachtdienst eingerichtet werden kann, und daß alle Beamten, wenn die zeitweise oder regelmäßig zu gewissen Zeiten eintretende beträchtliche Vermehrung der Arbeiten dies nothwendig macht, auch außer den Dienststunden in den Bureaux zu arbeiten verpflichtet sind.

* Wie verlautet, ist deutscherseits die Berufung einer internationalen Commission der Seestaaten behufs Vereinbarung gemeinsamer Vorschriften, betreffend das Zusammenstoßen von Schiffen auf See, in Anregung gebracht worden.

— Der Oberlehrer Pietschker an der Oberschule zu Jeßnitz ist zum Civilgouverneur des Prinzen Heinrich, des zweiten Sohnes des Kronprinzen, und zugleich zum Marineprediger ernannt worden.

— Im Laufe dieses Jahres werden ihr 50jähriges Dienstjubiläum feiern: der General-Feldmarschall Frhr. v. Manteuffel und der General der Infanterie v. Blumenthal, commandirender General des IV. Armee-Corps.

* Aus Karlsruhe wird mitgetheilt, General v. Werder habe den Kaiser um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. Die Verhandlungen des türkischen Bevollmächtigten mit dem serbischen Agenten werden auf ausdrückliche Anordnung des neuen Großveziers fortgesetzt. Es heißt, daß, wenn weitere Grundlagen für den Friedensschluß gewonnen sind, die Verhandlungen in Konstantinopel fortgesetzt werden sollen. — General Ignatieff ist heute Vormittag über Lemberg nach Petersburg abgereist. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 4. Febr. Der Präsident des Schweizer Piusvereins, „römischer Graf" Scherer, macht im Luzerner „Vaterland" bekannt, daß in der zweiten Hälfte des Monats Mai von der Schweiz aus eine Wallfahrt nach Rom zum Jubelfeste Papst Pius' IX. stattfinden werde. An derselben können sich sowohl Pilger als Pilgerinnen betheiligen. Die Reisekosten betragen von Luzern aus 171 Fr.; dazu kommen für Kost und Wohnung durchschnittlich per Tag 8 bis 11 Fr. — Das Bezirksgericht Gossau, Canton St. Gallen, hat den Gemeinderath von Gossau auf die Klage des Regierungsrathes wegen Mißachtung des Begräbnißgesetzes (er hat einen Selbstmörder in einem Winkel des Kirchhofes verscharren lassen) zu 40 Fr. Buße und Tragung der Kosten verurtheilt. — Der bischöfliche Kanzler Duret hat sich bei aller jesuitischen Schlauheit in eine böse Geschichte hineingeritten. Er ließ sich von dem sterbenden Caplan Krauer dessen Werthschriften abtreten, speiste den eigentlichen armen Erben Pfyster, einen beschränkten Kopf, durch moralischen (soll heißen unmoralischen) Zwang mit ein Paar Brocken ab und prellte auch die Gemeinde Malters um das ihr für Armenzwecke zugesagte Vermächtniß. Trotz alledem antwortete er auf eine Anfrage des Gemeinderaths: „Was Herr Caplan sel. an Vermögen hinterlassen, ist mir zur Stunde erst durch Ihr Schreiben kundgeworden!" Der Gemeinderath von Kriens, wo Pfyster wohnt, hat nun diesen unter Vormundschaft gestellt und bei der zuständigen Behörde eine Strafklage gegen Duret wegen Erbschleicherei eingereicht. — Der altkatholische Pfarrer der Genfer Gemeinde Collonges ist in den Schooß der römischen Kirche zurückgekehrt. — Ingenieur v. Ernst aus Bern hat von der italienischen Regierung den Preis von 50 000 Lire für Erfindung eines genauen Mahl-Controle-Apparats zuerkannt erhalten. Es darf halt kein Korn unversteuert durchschlüpfen. Italien hat sich wirklich den mehr als zweifelhaften Ruhm erworben, die vollkommenste Steuerschraube ohne Ende zu erfinden. Es sind da bereits ziemlich alle Elemente besteuert.

Italien.

Rom, 7. Febr. Der Papst hat heute die Zöglinge des englischen Collegiums empfangen, welche Adressen überreichten. — Die Deputirtenkammer hat heute den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Schuldhaft angenommen.

— Die Gräfin Mirafiori, die Gemahlin des Königs Victor Emanuel, ist bedenklich erkrankt.

Aus Sicilien treffen immerfort schlechte Nachrichten ein. In Canicatti, bei Noto wurde wieder ein reicher Grundbesitzer, Lanza, entführt und ungeachtet des bezahlten Lösegeldes von 10 000 Lire ermordet. Der Räuberhauptmann Leone hat einstweilen Zeit die Obrigkeiten zum Besten zu haben. Bei der Ankunft des neuen Präfecten von Palermo, Malusardi, unterließ er es nicht, seine Visitenkarte sowohl bei ihm, als bei dem jetzigen Commandanten Sonnuz zum Willkommen abzugeben.

Turin, 8. Februar. Prinz Karl von Preußen ist heute von hier nach Genua abgereist.

Rußland.

Aus Südrußland, 3. Febr., schreibt man der „K. Z.": Im Herbst vorigen Jahres bereiste im Auftrage des Fürsten von Montenegro ein Agent Namens Wesselitzky-Bozidarovitsch Rußland, um für die durch Hungersnoth betroffenen Montenegriner Lebensmittel zu beschaffen. Der Agent wurde von der russischen Regierung freundlich aufgenommen, und in Folge dessen brachte derselbe eine namhafte Geldsumme zusammen, zu welcher der Kaiser selbst den höchsten Beitrag geleistet, Hiefür wurde in Südrußland Getreide aufgekauft und dasselbe auf sieben Schiffen von Odessa aus für den dalmatinischen Hafen Cattaro verfrachtet. Zur Vervollständigung der Ladung dieser Schiffe wurde von fast sämmtlichen Getreide-Exporteuren Odessas bedeutende Quantitäten Getreide in natura beigesteuert. Jetzt ist die Nachricht eingetroffen, daß das Getreide bisher angeblich wegen Mangels an Transportmitteln für die unpassirbaren Wege Montenegros nicht ausgeladen werden konnte und nunmehr vollständig verfault, die ganze Ladung also verloren sei. Die mildthätigen Geber dürften jedenfalls ein Recht haben, zu hören, wie ihre Gaben verwandt worden sind, oder auf wessen Schuld ein solches Vorkommniß zu schreiben wäre. — Vor einiger Zeit wurde zum Beweise der schlechten Verhältnisse, in welchen sich die Hausbesitzer Südrußlands befinden, angeführt, daß in Odessa allein über 200 Häuser seitens der dortigen Commerzbank wegen rückständiger Zinsen zur Subhastation gezogen worden. Den Besitzern von Landgütern scheint es indeß nicht besser zu ergehen. Am 17. d. stellte die Chersoner Landbank 100 Landgüter zum öffentlichen Verkauf, ebenfalls wegen rückständiger Zinsen; zum Verkaufstermin erschienen 60 Gutsbesitzer, indeß wurde nicht ein einziges Gebot abgegeben.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Febr. Der Minister des Auswärtigen hat an die Vertreter der Pforte im Auslande folgende Mittheilung gelangen lassen: Midhat Pascha ist auf Grund des Art. 113 der Verfassung seines Großvezirpostens enthoben und aus dem ottomanischen Reiche verwiesen worden. Durch dieses Ereigniß wird keine Veränderung in der Politik der Regierung herbeigeführt werden. Der Wille des Sultans ist nach wie vor darauf gerichtet, auf eine genaue Ausführung der in der Verfassung gewährleisteten Prinzipien hinzuwirken. Am Schlusse der Mittheilung wird auf den Hat hingewiesen, den der Sultan gestern behufs Vorbereitung der mit der Verfassung zusammenhängenden Reformen erlassen hat. — In einer von der türkischen Regierung veröffentlichten Mittheilung über den Wechsel im Großvezirat wird ausgeführt, daß, nachdem der Sultan die neue Verfassung habe proclamiren lassen, welche allen Unterthanen Gleichheit verbürge und das parlamentarische Regime an die Stelle des absoluten gesetzt habe, sich alle Beamten den Bestimmungen der Verfassung hätten fügen müssen. Trotzdem habe Midhat Pascha einer dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufenden Richtung zugeneigt. Gewisse Handlungen, welche vorgekommen seien, hätten darauf hingewiesen, daß die vom Sultan aufgegebene absolute Gewalt durch andere Hände ausgeübt werden sollte. Einige Personen hätten Pläne gegen die Prärogative des Sultans geschmiedet. Midhat Pascha hätte die Pflicht gehabt, dieses Treiben zu verhindern. Statt dessen habe er es geschehen lassen. Das abgeschaffte Regime sei demnach in anderer Form ausgeübt worden. Der Sultan habe deshalb den Entschluß gefaßt, Midhat Pascha zu verbannen, um seine Rechte, sowie den Geist der Verfassung zu wahren. — Dem „Levant Herald" zufolge hat der Palastmarschall Midhat Pascha seine Verbannung angekündigt und demselben Documente vorgewiesen, aus welchen sich ergeben habe, daß er in ein Complott verwickelt gewesen sei. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 7. Februar. Das neue Cabinet ist bis jetzt, wie folgt, zusammengesetzt: Joan Bratiano Minister-Präsident und Minister des Innern, Demeter Sturdza Finanz-Minister, Campineano Minister der öffentlichen Arbeiten, Jonesco Minister des Aeußern, Staniceanu Minister des Krieges und Dogan Minister des öffentlichen Unterrichts oder der Justiz, je nachdem Chitzu, der bisherige Minister des öffentlichen Unterrichts, oder Statescu, der bisherige Justizminister, im Amte verbleibt. (W. T.)

Amerika.

Das „Mining Journal" vom 3. Februar d. J. giebt die nachfolgende Uebersicht über die Metall-Production im Westen der vereinigten Staaten: Nevada schöpft täglich aus der Erde für 125 000 Doll. Silber, 75 000 Doll. Gold, 8000 Doll. Blei und 2000 Doll. andere Metalle, also täglich für 210 000 Doll. oder 63 000 000 Doll. im Jahre. Californien producirt täglich 40 000 Doll. in Gold, 10 000 Doll. in Silber, 6000 Doll. in Quecksilber, 17 000 Doll. in Blei, Kupfer, Eisen ꝛc., im Jahre 23 500 000 Doll. Colorado fördert für 15 000 Doll. an Silber und 10 000 Doll. an Gold und 1000 Doll. anderen Metallen täglich; im Jahre für 7 000 000 Doll. Utah für 12 000 Doll. Silber, 9000 Doll. Blei und 2000 Doll. andere Metalle; zusammen im Jahre für 6 900 000 Doll. Idaho, Montana, Oregon, Arizona und Neu-Mexico produciren zusammen täglich für 20 000 Doll. Gold und 17 000 Doll. Silber und 1500 Doll. andere Metalle; jährlich für 11 550 000 Doll.

Danzig, 9. Februar.

* Das Thauwetter macht seit gestern bereits seinen Einfluß auf die Eisdecke der Weichsel in stärkerem Maße geltend. Bei Thorn ist gestern wieder etwas Eisgang eingetreten, doch hat sich das Eis bald an der dortigen Holzbrücke versetzt. Bei Graudenz und Marienwerder ist die Eisdecke so mürbe geworden, daß der Uebergang für die Post wieder hat aufgehoben werden müssen. Auf der unteren Weichsel ist die Situation noch unverändert. Die Eissprengungen werden oberhalb Schlanz fortgesetzt, um — wenn irgend möglich — mit denselben bis zur Montauer Spitze zu gelangen. An der unteren Nogat wird an der Vermachung der Brüche fleißig fortgearbeitet. Bei Fischerskampe concentriren sich die Arbeiten wesentlich auf Verdichtung des hergestellten Faschinendammes; bei der Kraffohlschleuse sind die oberen Brüche sämmtlich coupirt, die unteren sollen zum Abfluß des Wassers noch einstweilen offen bleiben. Bei Zeyer wird von etwa 120 Mann an der Schließung des zweiten Bruches rüstig gearbeitet. Auch hier wird man in Kurzem den Schaden beseitigt haben. Das Wasser in dem überschwemmten Gebiet fällt jetzt recht bedeutend. In manchen höher gelegenen Ortschaften des überschwemmten Gebietes, beispielsweise in Terranova, ist schon recht viel Land frei von Wasser und auch in den am tiefsten inundirten Ortschaften, wie Ellerwald, Wickerau u. s. w. markirt sich unter der Eisfläche theilweise bereits Land.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terespol-Culm: zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Warlubien-Graudenz: bei Tag und Nacht unterbrochen; Czerwinsk-Marienwerder: unterbrochen.

* Zum Pfarrer in Hela ist vom hiesigen Magistrat gestern der Predigt-Amts-Candidat Erwin Richter — zur Zeit Rector in Labiau — gewählt worden.

* Die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Robert Kuhnke aus Stargard in Pommern zum Director der Landwirthschaftsschule in Marienburg ist durch ein gestern hier eingetroffenes Rescript des Landwirthschafts-Ministers bestätigt worden.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: der Handlanger Z. wegen schweren Diebstahls; der Knabe F. und die unverehelichte W. wegen Diebstahls.

Gestohlen: dem Fleischermeister S. durch dessen Dienstmädchen D. 6 M. baar und für 6 M. Wurst; dem Handelsmann S. ein Paar langschäftige Stiefel; dem Schankwirth S. ein weißer zottiger Hund mit braunen Ohren; dem Schüler F. ein brauner Ueberzieher mit schwarzem Sammetkragen, schwarzen Hornknöpfen und schwarzem Futter.

Die Schänkerin R. hat die Bestrafung der Frau des Restaurateur F. wegen Mißhandlung; die Wittwe S. die Bestrafung der Arbeiterfrau C. wegen Hausfriedensbruch, die Wittwe H. die Bestrafung des Fleischergesellen E. wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung beantragt.

Gestern Nachmittag wurde die Leiche des im October verschwundenen Arbeiter Pfoot aus Krakau unter den Hölzern bei Rückforth in der Weichsel aufgefunden.

Gefunden und beim Polizeiamte asservirt: 1 Paar Glacee-Handschuhe (auf der Langgasse); 1 Portemonnaie mit einer Kleinigkeit Geld, 1 Lotterieloos und 2 Pfandscheinen (auf der Promenade), eine Brieftasche mit verschiedenen Papieren (Jopengasse).

© Aus dem Kreise Stuhm, 8. Febr. Die Kaiserin hat der 63jährigen Kinderfrau Marie Sieggrunsch in Stuhm ein goldenes Kreuz, etwa 4 Zoll lang und ½ Zoll breit, nebst einem die Namensunterschrift der Kaiserin tragenden Diplom in Anerkennung ihrer durch 45 Jahre in derselben Familie treu geleisteten Dienste verliehen. Die Behändigung des goldenen Kreuzes und des Diploms geschah heute durch den Landrath in Gegenwart des Bürgermeisters Schneider und der Beamten des Landrathsamtes. Wie bekannt, hat die Kaiserin die Verleihung des goldenen Kreuzes allen weiblichen Dienstboten verheißen, welche 40 Jahre in ein und derselben Familie ununterochen dienen. Der Käthner Schidzik zu Honigfelde ist in Folge einer im October v. J. von dem Käthner Scheffler daselbst erhaltenen schweren Körperverletzung am 29 Januar d. J. verstorben. Scheffler hat auch seinen 13jährigen Stiefsohn kürzlich derartig mißhandelt, daß der Knabe seinen Geist aufgab. Die Untersuchung ist eingeleitet. — In der Schmiede zu Montken wurde gestern der Leichnam eines anscheinend erfrorenen Mannes vorgefunden. Nach den bei ihm vorgefunden Papieren scheint er der 35jährige Buchhalter Dahlhoff aus Berlin zu sein. — Die Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung der Typhuskrankheit in Nikolaiken scheinen eine gute Wirkung zu äußern; es liegen dort zur Zeit nur noch zwei Personen am Typhus darnieder und auch diese schon in der Besserung begriffen.

-ck. Mohrungen, 8. Febr. In den vom 29. v. M. bis zum 7. d. M. unter dem Vorsitze unseres Kreisgerichts-Directors Herrn Frewald abgehaltenen Schwurgerichts-Verhandlungen waren 13 Anklagen und zwar 1 wegen Mordes, 1 wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, 4 wegen Meineides, 1 wegen Bigamie, 2 wegen Körperverletzung, worunter 1 mit tödtlichem Ausgange, 2 wegen Diebstahl und 2 wegen Urkundenfälschung gegen 11 männliche und 2 weibliche Personen. Die Gesammtstrafe betrug 36 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre 10 Monate Gefängniß, davon die höchste 15 Jahre Zuchthaus und die niedrigste 4 Monate Gefängniß. Eine Person wurde freigesprochen und 2 Anklagen wurden vertagt.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 9. Februar.

Weizen loco niedriger, pr Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-135℔	222-228 M. Br.	
hochbunt	127-133℔	220-224 M. Br.	
hellbunt	126-130℔	220-224 M. Br.	192-219 M. bez.
bunt	125-131℔	215-220 M. Br.	
roth	128-132℔	212-215 M. Br.	
ordinair	118-132℔	195-205 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 210 M.

Auf Lieferung pr April-Mai 215 M. Br., 212 M. Gd., pr Juni-Juli 218 M. bez. und Br.

Roggen loco fest, pr Tonne von 2000 ℔
Inländ. 163—164 M. pr 120℔ bez.
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 159 M.
Auf Lieferung pr April-Mai unterpolnischer 163 M. Br., pr Mai-Juni do. 165 M. Br., pr März-April russischer 157 M. Br.

Gerste loco pr Tonne von 2000 ℔ große 107 — 111℔ 145—149 M., kleine 105—112℔ 142—143 M.

Erbsen loco pr Tonne von 2000 ℔ weiße Futter- pr April-Mai 140 M. Br.

Kleesaat loco pr 200 ℔ roth 120—146 M.

Spiritus loco pr 10,000 pCt. Liter 52,25 M. Br., 52 M. Gd.

Petroleum loco pr 100 ℔ (Original-Tara) ab Neufahrwasser in Waggonladungen 21 M. bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,455 gem. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staatsanleihe 103,75 Gd. 3½ pCt. Preußische Staatsschuldscheine 92,50 Br., 92,50 gem. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,20 Gd., 4 pCt. do. do. 93,70 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,70 Br., 101,70 gem. 5 pCt. Danziger Schifffahrts-Actien-Gesellschaft 70,00 gem. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 99,75 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,25 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 9. Februar 1877

Getreide-Börse. Wetter: am Morgen Schnee und Regen, dann klare Luft. Wind stark aus West.

Weizen loco heute in flauer Stimmung, ungeachtet sehr mäßiger Zufuhr, und wollte man nur neuerdings billiger als gestern kaufen, was denn auch um 1 à 2 M. pr Tonne gelungen ist für alle Gattungen bis auf weiße Waare. Im Ganzen wurden heute 200 Tonnen gehandelt und ist bezahlt für Sommer- 131, 132, 135℔ 210, 211 M., stark bezogen 128℔ 192 M., bunt 125, 127/8, 131℔ 208, 210 M., hellfarbig 123℔ 209 M., glasig 129℔ 212 M., 130℔ 213 M., hochbunt glasig 130/1℔ 215, 216 M., hellbunt 129/30℔ 217 M., weiß 126/7℔ 217 M., 129, 131/2℔ 218, 219 M., extra weiß 131 2℔ 221 M. pr Tonne. Termine flau, April-Mai 214 M. Br., 212 M. Gd., Juni-Juli 218 M. bez. Regulirungspreis 210 M.

Roggen loco fest; inländischer 124℔ 163 M., 125℔ 168 M., 127℔ 171 M. pr Tonne wurde bezahlt. Termine leblos, russischer März-April 157 M. Br., unterpolnischer April-Mai 163 M. Br., Mai-Juni 165 M. Br., Regulirungspreis 159 M. — Gerste loco flau, große 107℔ 145 M., 111℔ 149 M., bessere 110℔ 150 M., kleine 105℔ 142 M., 112 3℔ 143 M. pr Tonne bezahlt. — Erbsen loco ohne Handel. Termine Futter- April-Mai 140 M. Br. — Kleesaat schwer verkäuflich und billiger erlassen, rothe abfallende Qualität ist zu 120 M., bessere 146 M., weiße zu 156 M., schwedische 200, 210 M. pr 200 ℔ verkauft. — Spiritus loco wurde zu 52 M. verkauft. — Petroleum bei Waggonladungen Original-Tara mit 21 M. bez., 20 pCt. Tara mit 22 M. bezahlt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 8. Februar. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, auf Termine ruhig. — Roggen loco flau, auf Termine ruhig. — Weizen pr April-Mai 126℔ 220 Br., 219 Gd., pr Mai-Juni 126℔ 1000 Kilo 223 Br., 222 Gd. — Roggen pr April-Mai 160 Br., 159 Gd., pr Mai-Juni 1000 Kilo 161 Br., 160 Gd. — Hafer flau. — Gerste still. — Rüböl still, loco 75, pr Mai pr 200℔ 74½. — Spiritus still, pr 100 Liter 100 pCt. pr Februar 44½, pr März-April 44¼, pr Mai-Juni 44½, pr Juli-August 46. — Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 18,50 Br., 17,75 Gd., pr Februar 18,10 Br., pr August-Dezember 18,00 Br. — Wetter: Schön.

Bremen, 8. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 18,25, pr Februar 18,00, pr März 17,00, pr April 17,00.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 8. Februar. Wind NW.
Angekommen: Helena, Vos. Peterhead, Heringe (bestimmt nach Königsberg).
9. Februar. Wind: WSW.
Nichts in Sicht.

Thorn, 8 Febr. Wasserstand: 6 Fuß 8 Zoll. Wind NW Wetter: bewölkt. Nachm. freundlich.

Das Eis hat sich auf dem Weichselstrome heute gegen 3 Uhr Nachmittags in Bewegung gesetzt, sich jedoch nach kurzem Zeitraume vor der städtischen Holzbrücke wieder verstopft.

Meteorologische Depesche vom 8. Februar.

Uhr.		Barometer.	Wind.		Wetter.	Temp. C.	Bem.
8	Thurso	754,9	WSW	frisch	Regen	3,9	1)
8	Valentia	768,3	—	stille	h. bed.	6,1	2)
8	Yarmouth	765,6	W	stille	h. bed.	3,3	3)
8	St. Mathieu	768,2	W	schwach	Dunst	11,0	4)
8	Paris	768,7	SW	schwach	Regen	8,2	
8	Helder	764,3	W	stille	h. bed.	6,5	
8	Kopenhagen	756,1	NW	mäßig	heiter	1,9	
8	Christiansund	742,2	SSW	stark	h. bed.	2,5	5)
8	Haparanda	747,3	SO	mäßig	Schnee	— 6,4	
8	Stockholm	745,8	SW	mäßig	Nebel	— 1,6	
7	Petersburg	753,9	SSO	leicht	bed.	— 7,5	
7	Moskau	757,9	S	stille	bed.	—13,8	
7	Wien	760,8	NW	schwach	Regen	6,8	
8	Memel	751,9	SO	schwach	Schnee	— 3,5	
8	Neufahrwasser	753,4	NW	schwach	bed.	2,3	6)
8	Swinemünde	758,2	NW	mäßig	bed.	3,6	
8	Hamburg	761,6	WNW	schwach	bed.	5,0	7)
	Sylt	761,5	WNW	mäßig	heiter	3,7	
8	Crefeld	765,4	NW	mäßig	bed.	7,3	8)
8	Cassel	764,7	WNW	schwach	wolkig	6,1	9)
8	Carlsruhe	766,0	SW	stark	Regen	8,0	10)
8	Berlin	765,8	W	schwach	h. bed.	5,4	11)
8	Leipzig	763,2	W	schwach	wolkig	5,4	12)
8	Breslau	759,6	NW	mäßig	bed.	3,8	

1) Seegang mäßig. 2) See sehr ruhig 3) See ruhig. 4) Seegang mäßig. 5) See unruhig. 6) Dunstiger Horizont. 7) Neblig. 8) Gestern und Nachts Regen. 9) Dunst. 10) Gestern stürmisch und regnerisch. 11) Nachts Regen. 12) Abends und Nachts Regen.

Das Barometer steigt auf der Nordsee mit sinkender Temperatur, und fällt im Südosten unter Erwärmung, doch ist die Vertheilung des Luftdrucks noch wenig verändert und die Herrschaft der westlichen Luftströmung in Mittel-Europa dauert fort. Dieselbe weht in Süd-Deutschland stark, von Regen begleitet, sonst meist leicht bis mäßig mit ziemlich gutem Wetter. Die Temperatur ist in ganz Deutschland fortdauernd bedeutend höher als sie der Jahreszeit entspricht.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
8	4	333,97	+ 3,0	WNW., heftig, heiter.
9	8	331,86	+ 2,0	WSW., mäßig, bed., Reg.
	12	330,92	+ 2,6	WNW., s. heft., wolk., S. u. R.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist bei der unter No. 63 eingetragenen Firma:

Pohl & Koblenz Nachfolger

heute vermerkt worden:

Col. 3. Niederlassungsort: mit einer Zweig-Niederlassung in **Heiligenbeil.**

Elbing, den 3. Februar 1877.

Königl. Kreis-Gericht.
1. Abtheilung. (9975

Dr. Kahn,
American Dentist,
Hudegasse III.

Auction mit Steinkohlen.

Montag, den 12. Februar 1877, Vormittags 11½ Uhr, werden die Unterzeichneten im hiesigen Börsen-Locale für Rechnung wen es angeht in öffentlicher Auction meistbietend versteigern:

ca. 1400 Tons Schottische Maschinenkohlen ex Dampfer „Absalon", lagernd auf dem Lindenberg'schen Hofe in Neufahrwasser, woselbst Reflectanten die Kohlen besichtigen können.

9981) **Mellien. Ehrlich.**

Musikalien-Leihanstalt

von

Alex. Goll,

10. Gr. Gerbergasse 10,

stets mit den neuesten Erscheinungen auf musikalischem Gebiet versehen, gebe das Abonnement zu den günstigsten Bedingungen und empfehle, als am Vortheilhaftesten, das ganze Jahres-Abonnement. Persönlichen Wünschen komme gerne entgegen. (9982

Bei **Reinhold Kühn** in **Berlin W.,** Leipzigerstr. 14, erschienen:

Uranien, Schauspiel in 5 Acten v. **Albert Voelckerling.** Preis M. 2,25.
Am Grand Théâtre in Amsterdam zur Aufführung angenommen.

Göran Persson, Trauerspiel in 5 Acten von **Albert Voelckerling.** Preis M. 2,25. (9990

Anzeigen

finden in der täglich erscheinenden

Marienwerderer Zeitung
„Die Ostbahn"

welche wegen ihres **billigen Abonnementspreises** die weiteste Verbreitung in der Provinz Westpreußen erlangt hat, stets den gewünschten Erfolg. Bei größeren Insertionsaufträgen wird entsprechender Rabatt gewährt. (9960

Inserate
für das
zweite Heft
des
Gewerbeblatt
für die
Provinz Preußen
erbittet rechtzeitig
A. W. Kafemann,
Verlagsbuchhandlung.
Danzig.

Messinaer Apfelsinen und Citronen in Kisten

offerirt (1

Carl Schnarcke.

Succade
in Kisten u. ausgewogen

empfiehlt (2

Carl Schnarcke.

Eine Partie Cath.-Pflaumen

per ½ Kilo 30 und 40 Pfg.,
offerirt (3

Carl Schnarcke.

Ganz große Küchenschürzen

(Hüftenfaçon) wieder vorräthig bei
A. Liedtke, Heiligegeistgasse 112.

Weißes und halbweißes

Tafelglas,

in bester Qualität, zu Fabrikpreisen stets in allen Dimensionen zu haben bei

Danzig. Hugo Scheller.

Stärke-Glanz-Präparat

v. **J. Rahte,** Herzberg a. H.

Das allerbeste, einfachste u. billigste Mittel zur Erzielung einer prachtvollen, glänzenden Appretur und Conservirung der Wäsche.

Geprüft u. empfohlen durch den amtlich vereideten Chemiker Direktor Dr. Werner in Breslau.

Depot in **Danzig** bei

Franz Jantzen,
9618) **Hundegasse 38.**

Prospecte u. Gebrauchsanweisung gratis.

Tragende Holl. Stärken

käuflich bei **Mueller** in **Gr. Grünhof bei Mewe.**

Preußische Portland-Cementfabrik Bohlschau.

Zu der am **Montag, den 26. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr,** im grünen Saale des **Hotel du Nord** in **Stettin** stattfindenden

6ten ordentlichen Generalversammlung

laden wir hiermit unsere Actionaire ergebenst ein.

Tagesordnung.

1) Abstattung des Geschäftsberichtes, Genehmigung der Jahresrechnungen und Bilance, sowie Ertheilung der Decharge pro 1876.
2) Wahl eines event. zweier Mitglieder des Aufsichtsrathes und Abänderung des § 16 des Statuts.
3) Abänderung des § 30 des Statuts.
4) Beschluß über Beschaffung von Geldmitteln.

Actionaire, welche an der Generalversammlung Theil nehmen wollen, haben ihre Actien gegen Stimmkarten bei der Direction unserer Gesellschaft in Bohlschau, oder in unserem Comtoir in Danzig, oder im Locale der Generalversammlung bei unserem Director, Herrn **Lorwein,** vorher zu hinterlegen.

Neustadt W.-Pr., den 3. Februar 1877.

Der Aufsichtsrath
der Preußischen Portland-Cementfabrik Bohlschau.
Otto Schumann. (9958

Das Gummi-Regenrock-Geschäft

von

H. Morgenstern

Langgasse No. 2

ist, wie alljährlich um diese Saison, in amerikanischem, englischem und deutschem besten Fabrikat auf das Reichhaltigste assortirt, das zu Fabrikpreisen abgegeben wird.

Bei geehrten Bestellungen von außerhalb beliebe man die Länge, vom Genick bis herunter, nach Centimetern und mit dem Vermerk, ob es für eine schlanke oder corpulente Person sein soll, anzugeben. (9985

Unsortirte Havanna-Cigarren,

Qualität und Brand vorzüglich, empfehle für den billigen Preis von

	pro 100	Stück	M. 7. 50 ₰.
ferner: **Manilla-Ausschuss**	„ 100	„	„ 4. 00 „
Ambalema-Cuba (Handarbeit) ..	„ 100	„	„ 4. 50 „
Sumatra-Cuba	„ 100	„	„ 6. 00 „

Albert Kleist, Danzig,
Portechaisen- und Langgassen-Ecke 67.

Vorräthig bei **Th. Bertling,** Gerbergasse 2: Doré's Bibel. In 2 Prachtbänden, ganz neu, statt 35 Rℓ für 25 Rℓ; Brehm's illustrirtes Thierleben. Volksausgabe, 3 Bände geb. statt 10 Rℓ für 6 Rℓ; Ritters geograph. Lexikon. 5. Aufl. 1866. 2 Bände statt 7⅓ für 3½ Rℓ; Guhl und Koner, das Leben der Griechen und Römer (4⅓ Rℓ) 2⅔ Rℓ; Felix Dahn, Prokopius von Cäsarea (3 Rℓ) 1⅓ Rℓ; Wernicke, Geschichte der Welt, 5 Bände hlbfrzbd. (9 Rℓ) 5½ Rℓ; Curicke, Danziger Chronick, schönes Exemplar 10 Rℓ, ein dito Exemplar 7½ Rℓ, ein dito Exemplar 6⅙ Rℓ; Rüstow, der Krieg von 1870/71 mit Kriegskarten und Plänen (5⅓ Rℓ 12 Sgr.) 1⅔ Rℓ; Raczynski, le Médailler de Pologne, 2 Vols. avec planches, 6 Rℓ; Kocher, Harmonik (3½ Rℓ) 25 Sgr.; Kocher, Klavierspielbuch (2⅚ Rℓ) 22½ Sgr.; Köhler, die Entwickelung der Tracht in Deutschland, mit 550 Abbildungen (5⅓ Rℓ) 4 Rℓ; van der Velde's Schriften. 27 Bände, hlbfrzbd. (8 Rℓ) 2⅓ Rℓ; 1001 Nacht. Deutsch von Habicht, Hagen, Schall, 15 Bände geb. 2⅓ Rℓ; Album der Eremitage-Gallerie zu St. Petersburg. (5 Rℓ) 2⅚ Rℓ; Album der Madrider Gallerie. (5 Rℓ) 2½ Rℓ; Album der National-Gallerie in London. (5 Rℓ) 2⅓ Rℓ.

Zweite unveränderte Auflage.

So eben erschien und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Geschichtsbilder für Volksschulen.

Erzählungen
aus dem Alterthum, der deutschen und brandenburg-preußischen Geschichte.

Nach den ministeriellen allgemeinen Bestimmungen herausgegeben von

Carl A. Krueger,
Hauptlehrer in Bad Zoppot.

Zweite unveränderte Auflage.

Mit 14 Abbildungen. Preis gebunden 50 ₰. In Partien billiger.

Exemplare zum Zwecke der Prüfung werden auf Verlangen bereitwilligst an die Herren Lehrer und Schulinspectoren franco und gratis gesandt.

Die günstigen Urtheile der pädagogischen Presse, die zahlreichen Anerkennungsschreiben von Fachmännern, die vielfach erfolgten Einführungen in den Provinzen unseres Vaterlandes, und der unerwartet schnelle Absatz der ersten Auflage nach Verlauf von wenigen Wochen, sprechen am besten für die Brauchbarkeit des Buches.

Danzig. **A. W. Kafemann.**
Verlagsbuchhandlung.

Wormser Brauer-Academie.

Beginn des Sommersemesters am 1. Mai. Programme und Auskunft durch

9987] Hb. 410) **die Direction: Dr. Schneider.**

Ein sehr gut erhaltenes, in Berlin erbautes



Coupée



und einen gut erhaltenen **Halbwagen auf freien Achsen** (Patentachsen) empfiehlt

A. W. Sohr,
9932) **Vorstädtischen Graben No. 54.**

Oelfarbendruck-Gemälde.

C. Ziemssen's
Buch- u. Kunsthandlung, Danzig,
Langgasse 55,

liefert anerkannt billigste und vorzüglichste Gemälde. — Illustrirte Preis-Courante gratis. (8057

Das Special-Geschäft für Eier,

Rosenfeld jr.,
Berlin, Seydelstr. 21,

empfiehlt sich zur Abnahme jeden Quantums frischer Eier. Im Besitze bester Referenzen wird strengste Reellität zugesichert und sind Offerten erwünscht.

Gelegenheitsgedichte jeder Art fert'gt **Agnes Dentler,** Wwe. 3. Damm 13.

Yellowmetall, Kupfer, Zink von Schiffsböden

kauft und zahlt den höchsten Preis

die Metallschmelze von

S. A. Hoch,
5096) Johannisgasse 29.

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken, in beliebigen Längen, offerirt zum billigsten Preise

S. A. Hoch,
7837) **Johannisgasse 29.**

Ein Gut von 350 Morg. in Westpr., eine Meile von einer Kreisstadt an der Chaussee, schöne Wiesen und Torflager, ist Umstände halber für den sehr billigen Preis von 7500 Rℓ bei 1500 bis 2000 Rℓ Anzahlung schleunigst bei fester Hypothek zu verkaufen. Alles Nähere bei **J. R. Woydelkow,** Danzig, Breitgasse 43.

Verkauf.

Eine Besitzung mit circa 12½ Morg. culm., 1 Wohnhause, 1 Backhause, 1 Scheune und 1 Stalle, in der Ortschaft **Altfelde,** am Bahnhofe, ist freihändig sofort zu verkaufen. Käufer können sich jederzeit melden bei **O. Frowerk** in Altfelde.

Eine Besitzung

von 440 Morgen sehr tragbaren Bodens, wovon etwa 60 Morg. gute Wiesen, ¼ Meile vom Bahnhof einer Stadt, mit einem Nebengewerbe, das ca. 4500 M. Reingewinn bringt, ist für 120,000 M. mit 30—45,000 M. Anzahlung bei guter Hypothek zu verkaufen.

Auskunft ertheilt der Verkäufer **O. G. Gerdauen** postlagernd.

Ein herrschaftliches Haus

mit Garten auf der Rechtstadt ist zu verkaufen und wollen Reflectanten Adressen unter 9992 in der Expedition d. Ztg. abgeben.

Für Rentiers!

Ein hübsch gelegenes Grundstück in Zoppot, Südstraße, mit einem Vor- und Obstgarten, ist bei Anzahlung von 9000 M. bei fester Hypothek zu verkaufen. Nur Selbstkäufer belieben ihre Adresse unter No. 9969 i. d. Exp. d. Ztg. abzugeben.

---

1 eisenrahmiges Pianino, 7½ Octav, steht Fleischer-

gasse No. 10 zum Verkauf. (9976

---

100 Schock Maurerrohr,

pro Schock 9,50 M., fr. Bahnhof Grunau, hat zu verkaufen **Dreier** in **Augustwalde** bei Grunau.

---

4 Zugochsen

(dreijährig) hat abzugeben

R. Ziehm, Adl. Liebenau
9972) bei Pelplin.

Zwei Pärchen junge
Leonberger Hunde

sind zu verkaufen. Näheres bei Hrn. **Grentzenberg** am Langen Markt.



Pferde werden zum Schlachten

gekauft Altstädtischen Graben No. 13.

9911) **H. Hintz,** Roßschlächter.

Mit 3000 M. Anzahlung wird in Danzig ein Haus zu kaufen gesucht. Gefällige Offerten werden unter 9973 in der Exp. d. Ztg. erbeten. Agenten verbeten.

Eine erfahr. Schneiderin, resp. Nähterin, wünscht noch einige Tage in der Woche außer dem Hause Beschäftigung. Näheres Vorst. Graben No. 46.

Ein zuverläss. Commis für das Stab-Eisen-Geschäft, und ein tüchtiger Materialist in gesetzten Jahren für ein Mühlen-Etablissement als Verwalter (beide unverheirathet) finden bei guten Zeugnissen vortheilhafte Stellung per 1. April d. J. durch (7

H. Matthiessen, Ketterhagerg. 1.

Für ein junges Mädchen, welches die Landwirthschaft erlernt hat, und in der Wirthschaft behilflich sein will, wird eine Stelle gesucht.

Gefällige Adressen werden erbeten Tobiasgasse No. 34, parterre, oder Langgasse No. 4, 1 Treppe.

Im Regierungsbezirk Danzig

werden für die Kreise Elbing, Marienburg, Danzig, Pr. Stargard, Berent, Carthaus, Neustadt Westpr., je ein thätiger und solider Mann, Oekonom, Handwerker oder Kaufmann gesucht, welchem der **Alleinverkauf der Weilschen Patent-Futterschneide-Maschinen und der Dreschmaschinen,** unter lukrativen Bedingungen übertragen werden kann. Reflectanten wollen schriftliche Offerten mache an

Moritz Weil jun.,
Maschinen-Fabrik, Frankfurt a. M,
9980) Landw. Halle.

Ein junger Mann, gegenwärtig in Condition, welcher mit der Manufactur-, Weiß- und Leinen-Waaren-Branche vertraut ist, sucht zum 1. April eine andere Stelle. Adr. werden unter 9654 in der Exp. d. Ztg. erb.

Ein Instrumentenmacher-Gehilfe, der im Zusammensetzen von Pianinos erfahren, findet Beschäftigung in der Pianoforte-Fabrik von **Hugo Siegel,**
9962) Danzig.

Einen Lehrling

sucht **C. Ziemssen's** Buch- und Kunsthandlung, Langgasse 55. (9786

Ein junger Mann, Kaufmann der wenig zu Hause ist, wünscht zu einem freundl. möbl. Vorderzimmer einen Theilnehmer.

Näheres unter 9994 in der Exp. d. Ztg.

Zum 2. April wird ein anständiges, gebildetes, nicht mehr junges Mädchen gesucht, welches befähigt ist, einer älteren Dame (Wwe.) zur Gesellschaft, Pflege und Stütze im kl. Haushalt zu gereichen. Bedingung ist gute Gesundheit, Uebung in Handarbeiten u. gute Zeugnisse ähnlicher Verhältnisse. Abschrift letzterer, Gehaltsforderung wie Aufenthaltsort werden erbeten unter **v. B. L.** postlagernd **Dirschau.**

Für ein auswärtiges feines Putz-Geschäft wird eine **gewandte Directrice** bei vollständig freier Station und gutem Salair möglichst gleich zu engagiren gesucht.

Schriftliche Meldungen werden unter No. 9756 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Landwirthin zum sofortigen Antritt empf. **J. Dau,** Heiligegeistgasse No. 27. (4

Ein junger Mann

(Danziger) der das Materialgeschäft in einer Provinzialstadt erlernt und mehrere Jahre in größeren Geschäften als ältester Commis servirt hat, auch noch in Stellung ist, sucht, gestützt auf feinste Referenzen per 1. April oder Juli cr. Stellung als **Reisender** oder **Lager-Verwalter.** Gef. Adr. w. u. **Z 100.** postlagernd **Belgard i. Pomm.** erbeten.

Pensionäre, Kinder oder Erwachsene, finden in einer anständigen **jüdischen** Familie freundliche Aufnahme. Näheres unter 9993 in der Exp. d. Ztg.

Pensionäre

finden Aufnahme bei

Hermann Dauss,
Lehrer am städtischen Gymnasium.
9979) Wohnung: Abeggstraße (Feldweg) 8.

In Jäschkenthal (schöne geschützte Lage) habe noch kleinere und größere Wohnungen zu vermiethen.

Näheres Fischmarkt No. 16.

Ein Geschäftslocal

in lebhafter Stadtgegend wird zum 7. April zu miethen gesucht. Offerten werden unter 9970 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Restaurant Jordan,

im Hause der Ressource zum freundschaftlichen Verein,
Jopengasse No. 16, parterre.
Heute Freitag, den 9. d.:

Wurst-Picknick
(mein eigenes Fabrikat)

worauf ich aufmerksam mache. **A. Jordan.**

Haase's Concert-Halle,

42. Breitgasse No. 42.
Heute und die folgenden Abende:
Auftreten der berühmten
echten Afrikanischen Damen-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft Waterson.

Anfang 7 Uhr. Hochachtungsvoll
9984) **H. Haase.**

Buchardt's Restaurant.

17. Holzmarkt 17.
Heute Abend
Königsberger Rinderfleck.

III. Sinfonie-Concert

Sonnabend, den 10. Februar cr.,
Abends 7 Uhr
im Apollo-Saale des Hotel du Nord unter gefälliger Mitwirkung hiesiger Gesangskräfte.

Schumann, Ouverture zu „Manfred." Op. 115.
Bach, „Chaconne", für Orchester arrang. von Raff.
Wagner, Trauermarsch aus „Götterdämmerung." (Auf Verlangen wiederholt.)
Mendelssohn-Barth. Op. 52. „Lobgesang." Sinfonie-Cantate mit Chor, Sopran- u. Tenor-Soli.

Nummerirte Billette für Concert III und IV **5 M.,** Balkon **4 M. 50 ₰.**
Einzelpreise: Saal 3 M., Balkon 2,50 M. Stehplatz 1 M. 50 ₰, Schülerbillete 1 M.

Const. Ziemssen, Langgasse 77.

Stadt-Theater.

Sonnabend, den 10. Februar. (**Ab. susp.**) **Zu halben Preisen: Wallensteins Tod.** Trauerspiel in 5 Acten v. Schiller.

Sonntag, den 11. Febr. (6. Abonn. No. 4.) **Die Zauberflöte.** Oper in 3 Acten von Mozart.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Dienstag, den 13. Februar:

Grosser Fastnachts-Maskenball.

Selonke's Theater.

Sonnabend, den 10. Februar.

Letzter großer Maskenball.

Königsberg.-Erzieh.-Anst.-Lotterie, Ziehung unwiderruflich 15. Febr., Loose à 3 M., Schlesw.-Holst.-Lotterie, 3. Kl., Ziehung 7. März, Loose à 3 M. 75 ₰ bei **Th. Bertling,** Gerberg. 2.

No. 10183

kauft zurück d. Exp. d. Zeitung.

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner,
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 10188 der Danziger Zeitung.

Danzig, 9. Februar 1877.

Danzig, 9. Februar.

* Wie schon erwähnt, ist die Errichtung von Nebelsignalen an der preußischen Küste für dieses Jahr noch vertagt worden, da die Mittel des Etats die Inangriffnahme neuer Projecte nicht gestatten. Nichtsdestoweniger ist an 10 Stationen die Errichtung solcher Signale in Aussicht genommen und es sind auch die Kosten-Anschläge bereits gefertigt. Außer den schon genannten drei pommerschen Stationen mit je 88 000 ℳ. befinden sich in den Anschlägen auch Rixhöft mit 60 000, Hela mit 88 000 und Brüsterort mit 66 000 ℳ.

* Bei Telegrammen mit bezahlter Antwort muß der Vermerk „Antwort bezahlt" oder das dafür zu setzende Zeichen „R. P." vor der Adresse des Telegramms niedergeschrieben werden. Wegen häufiger Unterlassung dieser Vorschrift sind die Annahmebeamten neuerdings angewiesen worden, derartige Telegramme zur Vervollständigung den Aufgebern zurückzugeben, und falls die Berichtigung verweigert wird, diese Telegramme bezüglich der Gebührenberechnung u. s. w. wie gewöhnliche Telegramme zu behandeln.

* Officiös wird jetzt die Nachricht bezweifelt, daß dem preußischen Landtage bereits in den nächsten Tagen eine Vorlage wegen Unterstützung der durch die Nogatüberschwemmung Betroffenen zugehen solle. Zur ersten Hilfe reichen die Mittel aus, über welche die Regierung einseitig verfügen kann. Was die Projecte betrifft, durch deren Ausführung die Gefahr künftiger Ueberschwemmungen vermindert werden soll, so nimmt man an, daß eine eingehende Prüfung derselben erst möglich sein wird, nachdem das Inundationsgebiet vom Wasser befreit und einer Besichtigung offen sein wird.

— Die Direction der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn hat ihre Güter-Expedition angewiesen, daß von den Unterstützungs-Comités eingelieferte Sachen, die für die Nogat-Ueberschwemmten bestimmt sind, auf dieser Eisenbahnstrecke frachtfrei expedirt werden.

* Der heute erschienene „Reichs-Anz." publicirt eine kgl. Cabinets-Ordre vom 20. Januar, in welcher genehmigt wird, daß die den Landesdirectoren beigeordneten oberen Beamten für die Dauer ihres Amtes den Titel „Landesrath" oder, soweit denselben besondere juristische oder technische Functionen zugewiesen sind, einen dem entsprechenden Titel, wie „Landessyndikus" oder „Landesbaurath", führen dürfen.

[Berichtigung.] In der gestrigen Lokalnotiz, betreffend das Auftreten der Diphtheritis und des Flecktyphus soll es bezüglich des letzteren heißen: „In einzelnen Fällen ist die Krankheit neuerdings wieder tödtlich (statt epidemisch) verlaufen."

* In Folge eines speciellen Vorganges im Rheinlande, bei dem Eltern sich geweigert hatten, ihre Kinder an der von der Schule begangenen Sedanfeier Theil nehmen zu lassen, hat das Obertribunal folgendes Erkenntniß gefällt: Eine von der vorgesetzten Behörde angeordnete patriotische Schulfeier an Tagen und in Stunden, während welcher ohne obrigkeitliche Bewilligung der gewöhnliche Unterricht nicht ausgesetzt werden darf, muß als wirkliche Lehrstunde betrachtet werden, selbst wenn die Feierlichkeit nicht in dem gewöhnlichen Schulgebäude, sondern in einem anderen geeigneten Lokal oder im Freien stattfindet. Die Eltern, welche ohne gegründete Entschuldigung ihre Kinder von der Theilnahme an der Feier abhalten, sind wegen Schulversäumniß strafbar.

* Strasburg, 7. Februar. Der im Herbst v. J. neugewählte Landtags-Abgeordnete Haukwitz, welcher bekanntlich nach Berlin übersiedelt, hat sein Mandat als Mitglied des Provinzial-Landtags niedergelegt.

* Königsberg, 8. Febr. In der hiesigen renommirten Pianoforte-Fabrik des Hrn. Commerzienrath Gebauhr ist am letzten Freitage das 7000ste Instrument fertig gestellt worden. Das Fabrikpersonal beging dieses Ereigniß durch eine große Ballfestlichkeit. — Ein hier mit seinem Schiffe in Winterlage befindlicher holländischer Schiffscapitän fand am Sonntag hier bei einer Kindtaufsfestlichkeit dadurch seinen Tod, daß er eine Treppe hinabstürzte und den Halswirbel brach.

* Als Grund für die gestern gemeldete Selbstentleibung eines einjährig Freiwilligen wird heute angegeben, daß derselbe für eine Verspätung im Dienst eine dreitägige Arreststrafe erhalten hatte, durch welche er sein Avencement gefährdet glaubte. In der Familie des Unglücklichen scheint dieser traurige Vorfall weitere Katastrophen herbeigeführt zu haben, denn, wie wir aus dem Inseratentheile der „K. H. Z." ersehen, ist am Tage nach dem Selbstmord die Mutter des jungen Mannes verstorben.

Tilsit, 8. Februar. Der Aufsichtsrath der die Lutherkorth'sche Papierfabrik besitzenden Actiengesellschaft erklärt die in verschiedenen ostpreußischen Blättern enthaltene, nach diesen auch von uns gerüchtweise mitgetheilte Nachricht, daß die abgebrannte Fabrik nicht wieder in Betrieb gesetzt werden solle, für unbegründet. Es sei über die Zukunft der Fabrik noch kein Beschluß gefaßt worden.

* Ueber die Fortschritte des Baues der neuen Eisenbahnlinie Laskowitz-Jablonowo hat die Regierung dem Abgeordnetenhause folgende Mittheilungen gemacht: Behufs Schüttung des Bahnhofsplanums bei Graudenz wurden bis zum Schlusse des Jahres 1876: 21 600 Kubikmeter Erdboden bewegt. Auf der Theilstrecke Laskowitz-Graudenz, woselbst durchgängig schwere lehmige Bodenarten vorkommen, verhinderte der eingetretene Frost den Angriff der Erdarbeiten, jedoch ist dafür Sorge getragen, daß letztere beim Eintritt der besseren Jahreszeit überall kräftig in Angriff genommen werden. Bei dem Bau der Weichselbrücke bei Graudenz sind die fünf Mittelpfeiler auf dem Weichselvorlande in der Fundirung fertig und bis zur Terrainhöhe aufgemauert, mit Ausnahme des letzten, bei welchem einer der drei Senkbrunnen auf mächtige Baumstämme beim Senken stieß. Von den beiden in Angriff genommenen Strompfeilern ist der eine bis auf unbedeutende Arbeiten fertig, der andere bis über das Sommerhochwasser aufgemauert. Der rechtseitige Endpfeiler ist bis zur Terrainhöhe aufgemauert. Von dem auf 16 800 000 ℳ. veranschlagten Baukapital wurden bis zum Schlusse des Jahres 1876: 1 266 225 ℳ. verausgabt.

* Bromberg, 8. Februar. In einem benachbarten Kruge waren mehrere Arbeiter, nachdem sie durch Branntweingenuß sich in eine animirte Stimmung versetzt, eine Wette eingegangen, Inhalts deren einer von ihnen sich anheischig machte, zwei Pfund Wurst sofort zu verzehren. Der tapfere Esser schien seine Wette zu gewinnen, denn bereits hatte er den weitaus größten Theil des verwetteten Quantums verzehrt, da verfärbte er sich plötzlich und stürzte nieder. Wenige Minuten später hatte ein Schlaganfall sein Leben beendet.

Vermischtes.

* Wie die „Cbl. Ztg." aus Ems meldet, ist der Hoffnungsstollen des dortigen Blei- und Silberbergwerkes am vorigen Sonnabend durch das Oberbergamt zu Köln vorläufig geschlossen worden, da man in demselben den Emser Mineralquellen so nahe gekommen ist, daß für deren Fortbestand Gefahr vorhanden sein soll. Ja man erzählt sich sogar, die Victoria-Quelle sei bereits angeschlagen.

— Am 30. April werden es hundert Jahre, daß in Braunschweig der berühmte Mathematiker Karl Friedrich Gauß geboren ist. Die Stadt Braunschweig gedenkt den hundertjährigen Geburtstag ihres berühmten Sohnes festlich zu begehen und demselben ein Standbild zu errichten. Zu diesem Zwecke hat sich dort ein Comité gebildet, das bereits über bedeutende Beiträge verfügt. Man hofft indessen, daß sich auch weitere, besonders wissenschaftliche Kreise an dem Werke betheiligen werden und hat deshalb einen „Aufruf" erlassen, in welchem mit beredten Worten das Verdienst des großen Mathematikers hervorgehoben wird und es heißt: „Seine Schöpfungen haben ein neues Zeitalter in der Mathematik, der Astronomie und der Physik begründet und unübersehbar sind die Verzweigungen, durch welche seine Geistesarbeit in den verwandten Wissenschaften und durch manche Zwischenstufen hindurch endlich in unser tägliches Leben eingegriffen hat. Mit seinem jüngeren Freunde Wilhelm Weber hat er thatsächlich den ersten elektrischen Telegraphen hergestellt und zu den Diensten gezwungen, welche das lebende Geschlecht mit dankbarer Bewunderung erfüllen."

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 8. Februar Effecten-Societät. Creditactien 122⅛, Franzosen 201, Silberrente —, Papierrente —, Goldrente 61⅛, Galizier 174⅛. Fest.

Amsterdam, 8. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. März 299, pr. Mai —. Roggen pr. März 187, pr. Mai 198.

Wien, 8. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 63,00, Silberr. 68,50, 1854r Loose 108,00, Nationalb. 837,00, Nordbahn 1812,50, Creditactien 148,30, Franzosen 243,50, Galizier 211,25, Kaschau-Oderberger 86,50, Pardubitzer —, Nordwestbahn 115,75, do. Lit. B. —, London 123,80, Hamburg 60,25, Paris 49,10, Frankfurt 60,25, Amsterdam 102,70, Creditloose 162,75, 1860er Loose 111,60, Lomb. Eisenbahn 78,00, 1864r Loose 135,00, Unionbank 54,00, Anglo-Austria 78,80, Napoleons 9,86, Dukaten 5,87½, Silbercoupons 114,50, Elisabethbahn 135,20, Ungarische Prämienloose 74,20, Deutsche Reichsbanknoten 60,65. Türkische Loose 18,25. Goldrente 74,65.

London, 8. Februar. Bankausweis. Totalreserve 13 562 473, Notenumlauf 27 814 430, Baarvorrath 26 376 903, Portefeuille 17 787 156, Guth. der Priv. 23 520 174, Guth. des Staates 5 613 338, Notenreserve 12 810 090, Regierungssicherheiten 16 001 441 Pfd. St.

London, 8. Febr. [Schluß-Course.] Consols 95 5/16. 5 pCt. Italienische Rente 71½. Lombarden 6½. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9¼. 3 pCt. Lombarden-Priorit. neue 9⅜. 5 pCt. Russen de 1871 83¾. 5 pCt. Russen de 1872 83½. Silber —. Türkische Anleihe de 1865 12⅛. 5 pCt. Türken de 1869 13½. 5 pCt. Vereinigte Staaten pr. 1885 105⅝. 5 pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 107⅝. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 82½. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 78½. Spanier 11⅝. 6 pCt. Peruaner 18¾. Russen de 1873 82¾. — Platzdiscont 1½ pCt. — Aus der Bank flossen heute 161 000 Pfd. Sterl.

Leith, 8. Febr. Getreidemarkt. [Cochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 750, Gerste 482, Bohnen 11, Erbsen 150 Tons. Mehl 7590 Sack. — Fremder Weizen und Mehl angeboten, 1s niedriger.

Paris, 8. Februar. Bankausweis. Baarvorrath 26 292 000 Zun., Guthaben des Staatsschatzes 1 221 000 Zun., Laufende Rechnungen der Privaten 36 763 000 Zun., Portefeuille der Hauptbank und Filialen 26 347 000 Abn., Gesammt-Vorschüsse 1 044 000 Abn., Notenumlauf 41 918 000 Frcs. Abnahme.

Paris, 8. Febr. (Schlußbericht.) 3 pCt. Rente 72,87½. Anleihe de 1872 106,07½. Italienische 5 pCt. Rente 71,80. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 497,50. Lombardische Eisenbahn-Actien 166,25. Lombardische Prioritäten 233,00. Türken de 1865 12,22½. Türken de 1869 67,00. Türkenloose 36,25. Credit mobilier 160, Spanier extér. 11⅝, do. inter. 10⅜, Suezcanal-Actien 668, Banque ottomane 381, Société générale 525, Crédit foncier 620, Egypter 195. — Wechsel auf London 25,14. — Börse unentschieden, Schluß fest.

Paris, 8. Febr. Productenmarkt. Weizen ruhig, pr. Februar 27,75, pr. März 28,00, pr. April 28,25, pr. Mai-Juni 29,00. Mehl matt, pr. Februar 60,25, pr. März 61,00, pr. April 62,00, pr. Mai-Juni 63,25. Rüböl steig., pr. Februar 95,50, pr. April 96,00, pr. Mai-August 95,00, pr. September-Dezember 92,00. Spiritus fest, pr. Februar 62,00, pr. Mai-August 64,00. — Wetter: Regen.

Antwerpen, 8. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer unveränd. Gerste stetig. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 47 bez. und Br., pr. Februar 45 bez. und Br., pr. März

42 bez., 42½ Br., pr. April 42½ Br., pr. September 46½ Br. — Weichend.

Newyork, 7. Februar. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 C., Goldagio 5⅝, 6/20 Bonds pr. 1885 108⅜, do. 5% fundirte 110⅜, 6/20 Bonds pr. 1887 112⅞, Eriebahn 9⅛, Central-Pacific 107½, Newyork Centralb. 101½. Höchste Notirung des Goldagios 5⅝, niedrigste 5½. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12¾, do. in New-Orleans 12. Petroleum in Newyork 26¾, do. in Philadelphia 26¾. Mehl 6 D. 10 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D 47 C., Mais (old mixed) 61 C. Zucker (fair refining Muscovados) 9⅜. Kaffee (Rio-) 19⅝, Schmalz (Marke Wilcox) 11⅝ C., Speck (short clear) 9 C. Getreidefracht 5.

Productenmärkte.

Königsberg, 8. Februar. (v. Portatius & Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 130℔ 209,50, 131/2℔ 211,75, 132℔ 214 ℳ bez., rother 126/7℔ 202,25, 130℔ 205,75, russ. 123℔ 174, 128/9℔ 195,25 ℳ bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer 123℔ 158,75, 124℔ 160 ℳ bez., fremder 112℔ ged. 128,75, 115/6℔ ged. 132, 116℔ 138, 116/7℔ ged. 132,50 ℳ bez., Februar 148 ℳ Br., 146 ℳ Gd., Frühjahr 150 ℳ Br., 148 ℳ Gd., Mai-Juni 150 ℳ Br., 148 ℳ Gd. — Gerste pr. 1000 Kilo große 124,25 ℳ bez., kleine 117 ℳ bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 116, 128, 132, 133, russ. 108, 112, 114, bunt 108, 110 ℳ bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 124,50, 126,75, 131 ℳ bez., grüne 122,25, 127,75 ℳ bez. — Bohnen pr. 1000 Kilo 144,50, 146,50 ℳ bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 140, 142,25, 145,50, 150 ℳ bez. — Buchweizen pr. 1000 Kilo 105,75 ℳ bez. — Rübsen pr. 50 Kilo russ. 280,50 ℳ bez. — Spiritus pr. 10 000 Liter % ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber, loco 53¼ ℳ bez., Februar 53½ ℳ bez., März 55 ℳ Br., 54¾ ℳ Gd., Frühjahr 56½ ℳ Br., 56 ℳ Gd., Mai-Juni 57½ ℳ Br., 57 ℳ Gd., Juni 58½ ℳ Br., 58 ℳ Gd., Juli 59½ ℳ Br., 58½ ℳ Gd., August 60 ℳ Br., 59½ ℳ Gd., September 61 ℳ Br., 60 ℳ Gd.

Stettin, 8. Februar. Weizen pr. April-Mai 219,00 ℳ, pr. Mai-Juni 221,50 ℳ — Roggen pr. Februar-März 157,00 ℳ, pr. April-Mai 158,00 ℳ, pr. Mai-Juni 157,50 ℳ — Rüböl 100 Kilogr. pr. Februar 72,00 ℳ, pr. April-Mai 73,00 ℳ, pr. September-October 68,00 ℳ — Spiritus loco 53,00 ℳ, pr. Februar 53,40 ℳ, pr. April-Mai 55,00 ℳ, pr. Mai-Juni 55,90 ℳ — Rübsen pr. Herbst 302,00 ℳ — Petroleum, loco 19—18,75 ℳ bez., alte Usance 19,5 ℳ bez., Regulirungspreis 18,75 ℳ, pr. Februar 17,75—17,5 ℳ bez. — Hering, schott. crown- und fullbr. 58 ℳ tr. bez., Ihlen 42,25 ℳ tr. bez.

Berlin, 8. Februar. Weizen loco pr. 1000 Kilogramm 195—235 ℳ nach Qualität gefordert, pr. Februar — ℳ bez., pr. April-Mai 221,5—222,00 ℳ bez., pr. Mai-Juni 222,5—223,00 ℳ bez., pr. Juni-Juli 223,5—224,00 ℳ bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogramm 158—183 ℳ nach Qualität gef., pr. Februar 162,00—161,5 ℳ bezahlt, pr. Februar-März 162,00—161,5 ℳ bez., pr. April-Mai 163,5—163,00 ℳ bez., pr. Mai-Juni 161,5—161,00 ℳ bez, pr. Juni-Juli 160,5—160,00 ℳ bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. 127—183 ℳ nach Qual. gefordert. — Hafer loco pr. 1000 Kilogramm 120—165 ℳ nach Qualität gef. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 150—186 ℳ nach Qual., Futterwaare 135—147 ℳ nach Qual. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 29,50—27,50 ℳ, No. 0 und 1 27,50 bis 26,50 ℳ — Roggenmehl pr. 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 25,50—23,50 ℳ No. 0 u. 1 23,00—22,00 ℳ, pr. Februar 23,40 ℳ bezahlt, pr. Februar-März 23,15 ℳ bezahlt, pr. März-April 23,10—23,05 ℳ bez., pr. April-Mai 23,10—23,05 ℳ bezahlt, pr. Mai-Juni 23,10—23,05 ℳ bezahlt, pr. Juni-Juli 23,10—23,05 ℳ bezahlt. — Leinöl pr. 100 Kilogramm ohne Faß 61,00 ℳ bezahlt. — Rüböl pr. 100 Kilogramm loco ohne Faß 73,00 ℳ bez., pr. Februar 73,00 ℳ bez., pr. Februar-März 73,00 ℳ bez, pr. April-Mai 73,00—72,9—73,00 ℳ bez., pr. Mai-Juni 72,00 ℳ bez., pr. Sept.-October 68,2—68,00 ℳ bez., pr. October-November — ℳ bezahlt. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 43,00 ℳ bezahlt, pr. Februar 36,1 ℳ bez., pr. Februar-März 33,00—32,5—32,8 ℳ bezahlt, pr. März-April — ℳ bez., pr. April-Mai — ℳ bezahlt. — Spiritus pr. 100 Liter à 100 % = 10,000 % loco ohne Faß 53,8—53,6 ℳ bez. ab Speicher — ℳ bez., mit Faß pr. Februar 54,3 ℳ nom, pr. Februar-März 54,3 ℳ nom. pr. März-April — ℳ bezahlt, pr. April-Mai 55,7—56,1—55,8 ℳ bez., pr. Mai-Juni 56,00—56,4—56,1 ℳ bez., pr. Juni-Juli 57,00—57,3—57,1 ℳ bez., pr. Juli-August 58,00—58,3—58,1 ℳ bezahlt, pr. August-September 58,5—58,8—58,6 ℳ bez.

Berliner Fondsbörse vom 8. Februar 1877.

Die Börse behauptete sich auch heute auf ihrer beobachtenden Reservestellung, und es blieben daher wiederum die Umsätze in sehr mäßigen Grenzen. Nur Oesterreichische Staatsbahn machte eine Ausnahme, dieselbe setzte ihre gestrige Haussebewegung ungeschwächt fort und schließt wiederum mit einer nicht ganz unbedeutenden Avance. Auch die anderen internationalen Speculationseffecten waren mehr oder weniger mit in den Verkehr gezogen, ohne daß sich aber die Notirungen wesentlich änderten. Auf dem Geldmarkt macht sich ein Mangel an Disconten bemerkbar, wie er seit langer Zeit nicht zu constatiren war. Feinste Briefe waren schon unter 2 % zu placiren. Von den localen Speculationseffecten erfreuten sich eigentlich nur Laura-Actien einer festen Stimmung. Disconto-Commandit und Dortmunder Union ließen etwas in den Coursen nach. In den auswärtigen Staatsanleihen gewann der geschäftliche Verkehr nur geringe Ausdehnung doch waltete auf diesem Gebiet im Allgemeinen eine recht feste Haltung. Nur österreichische Goldrente zeigte sich vorzugsweise angeboten, dagegen machte sich für österreichische Papierrente eine regere Nachfrage bemerkbar. Italiener und Türken vernachlässigt, russische Werthe unverändert, Prämienanleihen etwas besser. Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest, aber unbelebt, eine gleiche Physiognomie trug das Geschäft in Eisenbahnprioritäten. Auf dem Eisenbahnactienmarkte sind nur wenig Veränderungen zu verzeichnen. Bankactien blieben im Allgemeinen ziemlich still. Industriepapiere fanden vielfach gute Beachtung.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	104,10
Pr. Staats-Anl.	4	96
Staats-Schuldsch.	3½	92,20
Pr. Präm.-A. 1855	3½	144
Landsch. C.-Pfdbr.	4	95
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	83,80
do. do.	4	95,50
do do.	4½	102
Pomm. Pfandbr.	3½	83,60
do. do.	4	95,30
do. do.	4½	102
Posensche neue do.	4	94,75
Westpreuß. Pfdbr.	3½	82,50
do. do.	4	93,80
do do	4½	101,40
do. II. Ser.	4½	—
do. do.	5	106,50
do. neue	4½	—
do. do.	4	—
do. do. II. S.	4½	101,25
Pomm. Rentenbr.	4	95,30
Posensche do.	4	95
Preußische do.	4	95
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	122,10
Bayer. Präm.-A.	4	124,30
Braunsch. Pr.-A.	—	84,20
Köln.-Md. Pr.-S.	3½	109,50
Hmbg. 50rtl. Loose	3	177
Lübecker Pr.-Anl.	3½	177
Oldenburg. Loose	3	137,40

Hypotheken-Pfandbr.

Unk. Pfd. Pr. H.-Bk.	5	100,75
Bod. Crd. Hyp.-Pfd.	5	103
Cent. Bd. Cr.-Pfdb.	5	106,10
do. do.	4½	98,90
Kündb. do.	4½	100,30
Danz. Hyp.-Pfdbr.	5	—
Goth. Präm.-Pfd.	5	109,50
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rkz. 110	5	102
III. E. rkz. 100	5	100,50
Stett. Nat. Hyp.	5	101,25

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente	4	—
Oesterr. Pap.-Rente	4½	52
do. Silber-Rente	4½	56,25
do. Loose 1854	4	93,50
do. Cred.-L. v. 1858	—	297
do. Loose v. 1860	5	98,80
do. Loose v. 1864	—	259,80
Ungar. Eisenb.-An.	5	67,75
Ungarische Loose	5	142,90
do. Schatzanw. II.	6	80,40
Russ.-Egl. Anl. 1822	5	—
do. do. Anl. 1859	3	—
do. do. Anl. 1862	5	83,40
do. do. von 1870	5	—
do. do. von 1871	5	83,50
do. do. von 1872	5	83,50
do. do. von 1873	5	83,50
do. Cons.-Obl. 1875.	4½	—
Russ. Stiegl. 5. Anl.	5	71,75
do. Stiegl. 6. Anl.	5	86,90
do. Präm.-A. 1864	5	149,75
do do von 1866	5	149
Russ. Bod. Crd. Pfd.	5	80,40
Russ. Central do.	5	80,50
Russ. Pol. Schatzobl.	4	80
Pol. Pfd. S.-R.	5	72
do. Liquidat.-Br.	4	63,30
Amerik. Anl. p. 1885	6	99,60
do. 5% Anl.	5	103,30
do. do. p. 1881	6	105,70
Newyork. Stadt-A.	7	105,25
do. Gold-A.	6	103
Italienische Rente	5	72,60
do. Tabaks-Act.	6	—
do. Tabaks-Obl.	6	103
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-A.	4	—
Rumänische Anleihe	8	85,25
Türk. Anl. v. 1865	5	—
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	26,80

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1875
Aachen-Mastricht	21,90	1
Bergisch-Märk.	78,75	4
Berlin-Anhalt	104	8
Berlin-Dresden	24,25	—
Berlin-Görlitz	22,60	0
do. St.-Pr.	53,75	5
Berlin-Hamburg	168,25	10
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Psd.-Magd.	79	3
Berlin-Stettin	122,25	9
Bresl. Schw.-Fbg	71,60	5 2/3
Köln-Minden	100,75	4 6/10
Crf. Kr.-Kempen	0,20	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	13,40	0
do. St.-Pr.	30,75	0
Hannover-Altenbek	15,50	0
do. St.-Pr.	35,50	0
Märkisch-Posen	19	0
do. St.-Pr.	70,30	3½
Magdeb.-Halberst.	107,75	6
do. Stp.	70	3 4/5
do. C.	96,10	5
Mainz-Ludwigsh.	95,75	6
Münst. Ensch. St. P.	10,50	0
Niederschl.-Märk.	96,50	4
Nordhausen-Erfurt	25,80	4
do. St.-Pr	35	0
Oberschl. A. u. C.	127,75	10½
do. Lit. B.	119,75	10½
Ostpreuß. Südbahn	24,70	0
do. St.-Pr.	74,60	5
Rechte Oderuferb.	104,80	6⅛
do. St.-Pr.	109,40	6⅛
Rheinische	109,25	8
Rhein-Nahe	12,10	0
Saal-Bahn	26,25	1⅛
† Stargard-Posen	101,30	4⅗
Thüringer	125,75	8½
Tilsit-Insterburg	18,10	0
do. St.-Pr.	64,50	3
Weimar-Gera gar.	48,75	4½
do. St.-Pr	20,75	2⅘
Brest-Grajewo	18,60	—
Brest-Kiew	41	0
Galizier	87,30	6
Gotthardbahn	46	6
† Kronpr. Rud.-B	44,60	5
Lüttich-Limburg	18	0
Oester.-Franz St.	403	6⅘
† do. Nordwestb.	183,50	5
do. Lit. B.	63,50	5
† Reichenb. Pardb.	46,25	4½
Rumänische Bahn	13,75	2½
do. St.-Pr.	56,75	8
† Russ. Staatsb.	106,25	5,92
Südösterr. Lomb.	130	0
Schweiz. Unionb.	7,25	0
do. Westb.	23,10	0
Warschau-Wien	180,25	7½

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	55,60
† Kaschau-Oderbg.	5	55,10
† Kronpr. Rud.-B.	5	62,75
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	318
† Südöst. B. Lomb.	3	238,10
† Südöst. 5% Oblg.	5	77,30
† Oester. Nordwestb.	5	74
do. do. Elbethal	5	59
† Ungar. Nordostb.	5	51,10
† Ungar. Ostbahn	5	50
Brest-Grajewo	5	57
† Chark.-Azow rtl.	5	86,30
† Kursk-Charkow	5	85,90
† Kursk-Kiew	5	90,50
† Mosco-Rjäsan	5	97,50
† Mosco-Smolensk	5	87
Rybinsk Bologoye	5	79,75
† Rjäsan-Kozlow	5	94
† Warschau-Teresp.	5	87

Bank- und Industrieactien.

		Div. 1875
Berliner Bank	88,50	0
Berl. Bankverein	50,50	0
Berl. Cassen-Ver.	154	17,7
Berl. Com. (See.)	58,70	2½
Berl. Handels-G.	60	5
Berl. Wechslerbk.	—	0
Bresl. Discontob.	69,75	2
Centrlb. f. Bauten	15,75	0
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	68,75	0
Danz. Bankver. Kf	61,50	0
DanzigerPrivatb.	115	7
Darmst. Bank	101	6
DeutscheGenoss.-B	93	5½
Deutsche Bank	85,50	3
Dtsch. Eff. u. W.	103,75	6½
Deutsche Reichs-Bk	157	0
Deutsche Unionb	89	0
Disc.-Command.	109,90	7
Gew.-Br. Schuster	5	0
Int. Handelsges.	39	0
Königsb. Ver.-B.	80,40	5¼
Meining. Creditb.	70,80	3
NorddeutscheBank	128,50	8
Oest. Credit-Anst.	244,50	5
Prß. Boden-Cred.	98	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	116,50	9½
Preuß. Crd.-Anst.	—	0
Pom. Rittersch.-B.	126	9½
Schaffhaus. Bnkv.	61	5½
Schles. Bankverein	86,75	6
Stett. Vereinsbank	—	0
Ver.-Bk. Quistorp	1,80	0
Actien d. Colonia	6350	55
BauvereinPassage	21,25	1
Berl. Bau-B.-Bk.	50,50	0
Brl. Centralstraße	34,25	2½
Deutsche Baugesl.	51	0
do. Eisnb.-B.-G.	9,25	0
do. Reichs. Cont.	67,75	—
A. B. Omnibusg.	76,50	7
Ctr. F. f. Baumat.	12	0
C.-A. f. G. u. W.-A.	2	0
Nordd. Pap.-Fabr	—	0
WöhlertMaschinf.	11,10	—
Westend-Gesells.	3,10	0
Baltischer Lloyd	41,75	0
Königsbg. Vulkan	7	0
Münnich, Ch. M.	—	0
Obrschl. Eisnb.-B.	26	0

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1875
Dortm. Union Bgb.	7,50	0
Königs- u. Laurah.	65,60	—
Stollberg, Zink	20,90	1⅛
do. St.-Pr.	85	6⅛
Victoria-Hütte	25	—

Wechsel-Cours v. 8. Febr.

Amsterdam	8 Tg	3	169,90
do.	2 Mn	3	169,15
London	8 Tg	2	20,45 5
do.	3 Mn.	2	20,40
Paris	8 Tg	3	81,35
Belg. Bankpl.	8 Tg	2½	81,30
do.	2 Mn	2½	81
Wien	8 Tg	4½	164,70
do.	2 Mn.	4½	163,60
Petersburg	3 Wch	6	252,25
do.	Mn	6	250
Warschau	8 Tg	6	252,85

Sorten.

Dukaten	9,64
Sovereigns	20,38
20-Francs-St	16,25
Imperials pr. 500 Gr.	1397
Dollar	—
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	81,45
Oesterreichische Bankn.	164,90
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	253,90

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.